

25. Januar

1 / 2018

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zu fairen Löhnen in M-V +++ Doppelhaushalt 2018/2019 beschlossen +++ Wahl des Bürgerbeauftragten +++ Impfkampagne für Mecklenburg-Vorpommern +++ Sternsinger-Empfang im Landtag +++ Umbau des alten Plenarsaals +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Eislaufen auf dem Kreuzkanal im Schweriner Schlossgarten - vor einem Jahr Realität, in diesem Winter bisher nur ein Traum.

3	Gastkolumne	Max-Stefan Koslik (SVZ) kommentiert die Landtagsdebatten zum Doppelhaushalt 2018/2019
4 – 21	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Wer nach vorne will, muss auf die Überholspur wechseln – Mehr Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Löhne“
6 – 18	Berichte	Generaldebatte und Beschlussfassung zum Doppelhaushalt 2018/2019 des Landes Mecklenburg-Vorpommern Positionen der Landtagsfraktionen zum Doppelhaushalt
19	Weitere Beschlüsse	Übersicht der laufenden und abgeschlossenen Gesetzgebung
21	Gesetzgebung	Wahl des Bürgerbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern Zweite Lesung Glücksspielstaatsvertrag Zweite Lesung Rechtsanwaltsversorgungsgesetz Zweite Lesung Mittelstandsförderungsgesetz Zweite Lesung Dauergrünlanderhaltungsgesetz Zweite Lesung Studienakkreditierungsstaatsvertrag Zweite Lesung Sozialberufe-Anerkennungsgesetz Prävention stärken – Kampagne für das Impfen
22 – 24	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Innen- und Europaausschuss</i> Expertenanhörung des NSU-Unterausschusses <i>Wirtschaftsausschuss</i> Expertengespräch zur Situation der Freien Berufe in Mecklenburg-Vorpommern <i>Sozialausschuss</i> Anhörung zum Thema Armut und Reichtum in Mecklenburg-Vorpommern <i>Internationales</i> Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)
25 – 27	PANORAMA	Baugeschehen im Schloss: Umbau des alten Plenarsaals „Sternstunde im Parlament“: Sternsinger-Empfang des Landtages erstmals im neuen Plenarsaal

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 12.01.2018

Wie strategisch ist ein Pferd?



Foto: Ecki Raff

Der Autor ist stellvertretender Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung und Vorsitzender der Landespressekonferenz. Er berichtet seit 1990 aus dem Landtag.

Das Budgetrecht ist eines der ältesten Rechte von Parlamenten in der Demokratie. Nach der Gewaltenteilung kann der Haushalt dazu dienen, die Regierung zu kontrollieren. Kann. Insofern wäre die Debatte bei der Landtagsitzung Mitte Dezember zum Haushaltsgesetz 2018/19, für die sich die Abgeordneten zehn Stunden Zeit nahmen, die Chance für eine neue Qualität des parlamentarischen Mit- und Gegeneinanders gewesen. Es kam anders.

Die Erwiderung des Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion, der CDU schließlich die Ideen vorgegeben zu haben, missglückte gründlich.

Zur Vollständigkeit: 236 Änderungsanträge hatten die Ausschüsse zu bearbeiten. 139 davon wurden aufgenommen. Aber keinen einzigen Antrag konnte DIE LINKE durchsetzen. „Arroganz der Macht“ warf Fraktionschefin Simone Oldenburg der SPD vor. Bei dem, wie

sächliche Macht von Regierung eingeschränkt wird. Eine seit Jahren geführte Debatte um die parlamentarische Demokratie und Parlamentsrechte.

Apropos Parlamentsrechte. Der Landeshaushalt könnte ein Fall für das Verfassungsgericht werden, um die Rechtmäßigkeit des Strategiefonds als Haushaltsinstrument zu klären. Das wäre zu wünschen. Ist dieser Fonds der Linken nur ein Dorn im Auge, weil er von SPD- und CDU-Abgeordneten gefüllt wurde, wie SPD-Fraktionschef Thomas Krüger mutmaßt? Oder ist seine Auflage tatsächlich eine Beschneidung der Rechte der Opposition? Die Projektliste findet sich lediglich im Anhang des Einzelplans 11. Das Problem dabei: Hier werden Projekte gefördert, die bereits eigene Haushaltstitel haben.

Finanzminister Mathias Brodtkorb räumt ein, dass man sich darüber streiten könne, ob ein Fonds das richtige Instrument sei. Die Präsidentin des Landesrechnungshofes Martina Johannsen wird deutlicher: „Aus Sicht der Finanzkontrolle ist der Strategiefonds als ein weiteres Sondervermögen grundsätzlich kritisch zu sehen, da jedes Sondervermögen die Transparenz des Landeshaushalts beeinträchtigt.“

Für strategische Projekte, die sich nirgendwo anders im Etat finden, mag das ein Weg sein. Aber der Rechnungshof hegt ernsthafte Zweifel an der strategischen Wirkung von Ringerplatten, Fußballerkabinen, Voltigierpferden oder Wasserskibooten. Nicht nur der.

Max-Stefan Koslik

„Momente, in denen die Streitlust als Lust am Streiten aufblitzte, waren selten.“

Der Haushalt, der gemeinhin als in Zahlen gegossene Politik gilt, muss richtigerweise als „in Zahlen gegossene Politik der Regierungskoalition“ bezeichnet werden. Und genau das ließen die Koalitionäre die Opposition spüren. Momente, in denen die Streitlust als Lust am Streiten aufblitzte, waren selten. Wie etwa an der Stelle, als der CDU-Abgeordnete Torsten Renz in Anspielung auf die anstrengenden Ausschusssitzungen gespieltes Verständnis dafür zeigte, dass man da auch schon mal einnicken könne. Wen der Abgeordnete meinte, dürfte dem Parlament nicht verborgen geblieben sein. Auch der Vorwurf des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Fraktion an die AfD, nicht einen einzigen Antrag im Bereich Kommunales oder Innere Sicherheit in den Haushaltsberatungen eingebracht zu haben, war für den Beobachter erhel-

SPD-Fraktionschef Thomas Krüger darauf reagierte, bekam der Zuschauer eine leise Ahnung, dass Frau Oldenburg nicht von blindem Zorn getrieben war. Vom Geiste der Koalitionsvereinbarung, in der es heißt: „Die Koalitionspartner bekennen sich ... auch im Landtag zu einer veränderten politischen Kultur. Stärker als bisher gilt es, das demokratische Miteinander zu pflegen und nach Wegen zu suchen, Mecklenburg-Vorpommern auch parteiübergreifend weiter voranzubringen“, war bei SPD und CDU nichts zu spüren.

Dass man parteiübergreifend zusammenarbeiten kann, ohne die eigene Politik zu verleugnen, zeigt der Schulfrieden in Sachen Inklusion. Diese Chance wurde beim Haushalt vertan. Vielmehr zeigte sich, dass die vermeintliche Allmacht des Parlaments durch die tat-

Mecklenburg-Vorpommern braucht höhere Löhne

Koalition thematisiert in der Aktuellen Stunde die Pläne zum neuen Vergabegesetz / Opposition mahnt andere Wege an



Jochen Schulte (SPD)



Bert Obereiner (AfD)



Wolfgang Waldmüller (CDU)

■ 2.300 Euro brutto – das verdienen Arbeitnehmer im Durchschnitt in Mecklenburg-Vorpommern. Statistisch gesehen. In der Praxis bekommen viele Menschen noch weniger. In keinem anderen Bundesland ist das verfügbare Einkommen so gering wie in M-V. Viele Spielräume, das zu ändern, hat die Politik nicht. Löhne und Gehälter werden von den Tarifparteien ausgehandelt. In M-V arbeiten laut Deutschem Gewerkschaftsbund mehr als die Hälfte der Beschäftigten ohne Tarifvertrag. Die Koalition will nun das Vergabegesetz ändern. Öffentliche Aufträge des Landes sollen nur noch Firmen bekommen, die ihren Mitarbeitern mindestens 9,54 Euro je Stunde zahlen. Außerdem soll die Wirtschaftsförderung stärker an tarifähnliche Löhne oder Tarifbindung geknüpft werden. Der Gesetzentwurf liegt dem Parlament zwar noch nicht vor, darüber diskutiert wurde aber trotzdem schon. Die SPD-Fraktion hatte die Lohndebatte in der Dezembersitzung als Aktuelle Stunde ins Plenum geholt.

Wer arbeite, müsse von dem, was er verdiene, gut leben können, sagte **Jochen Schulte** (SPD). Hier bestehe noch großer Handlungsbedarf. Natürliche könne das Land der freien Wirtschaft keine Löhne vorschreiben. Es könne im Rahmen seiner Möglichkeiten aber mit gutem Beispiel vorangehen und auf „die Überholspur“ wechseln. Die Pläne zum neuen Vergabegesetz seien ein gutes Beispiel. „Dann werden wir den höchsten

Vergabemindestlohn in allen neuen Bundesländern haben“ und in eine Tarifbindung bei der Wirtschaftsförderung einsteigen. Die Koalition verspreche sich davon, die Lohnlandschaft insgesamt zu stärken. „Es geht nicht allein um den Mindestlohn. Es geht um die Tariflöhne im Land.“ Angesichts des Fachkräftebedarfs müsse jedem Arbeitgeber klar sein: „Nur mit Tariflöhnen deutlich über dem Mindestlohn kommen wir voran.“ Als Niedriglohmland werde Mecklenburg-Vorpommern hingegen keine Perspektive haben. Die Lebenshaltungskosten lägen auch hierzulande längst nicht mehr auf dem Niveau von 1990. „Das Brot kostet in Mecklenburg-Vorpommern nicht weniger als in Bayern oder Berlin.“ Die Koalition habe deshalb mit den Tarifpartnern verabredet, im ersten Halbjahr 2018 bei gemeinsamen öffentlichen Veranstaltungen für mehr Tarifbindung zu werben.

Sich für höhere Löhne einsetzen zu wollen, sei „honorig“. Bei der Wahl der Mittel zäume die Koalition nach Ansicht der AfD das Pferd jedoch von der falschen Seite auf. „Lohnsteigerungen können nur dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts folgen und nicht ihm vorangehen“, betonte **Bert Obereiner**. Alles andere würde Erträge und Investitionen minimieren. „Wir wollen natürlich nicht, dass unsere Unternehmen auf Verschleiß gefahren werden.“ Er bezweifle, dass verordnete Lohnerhöhungen die Wettbewerbsfähigkeit fördern. „Es wäre interessant zu erfahren, aus welcher ökonomischen Schule die SPD das ab-

leitet.“ Nach neoklassischer Theorie führe das vielmehr „zwingend“ zu weniger Beschäftigung. Über den Mindestlohn hinausgehende staatliche Regelungen lehne er deshalb ab. Stattdessen solle sich die Koalition lieber für höhere Real-löhne einsetzen. „Von jedem verdienten Euro bleiben im Durchschnitt gerade einmal etwas über 45 Cent in der Tasche des Arbeitnehmers. Da sollte der Staat tätig werden.“ Und er sollte, so Obereiner, stärker in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung investieren. Das bringe mehr, als durch ein Vergabegesetz „staatlich administriert weitere Lohngrenzen in das System zu ziehen“.

„Überholspur, Wettbewerbsfähigkeit, höhere Löhne – ich teile den Wunsch, der diesen Worten innewohnt“, führte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) an. „Wenn ich es mir wünschen könnte, hätten wir in allen Branchen Lohnsteigerungen, wie die Landesregierung sie dem Parlament im Vergabegesetz vorschlagen wird.“ De facto könne die Politik höhere Löhne aber nur in überschaubarem Maße festlegen. Das sei in erster Linie Sache der Tarifpartner und nicht zuletzt auch abhängig von Produktivitätssteigerungen. An dieser Stelle habe die Politik die Aufgabe, entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Das geplante Vergabegesetz bezeichnete er dabei als „gelungenen Kompromiss“, die vorgeschlagenen 10,09 Euro der Linken als unzulässigen Eingriff in die Tarifautonomie. „Ich warne hier vor einseitiger Orientierung an Gewerkschaftsinter-



Henning Foerster (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (BMV)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

sen. Wir müssen die Interessen aller Seiten berücksichtigen.“ Dabei wünsche er sich auch etwas mehr Wertschätzung der unternehmerischen Leistungen im Land. „Der Unternehmer schafft die Arbeitsplätze.“ Nicht zuletzt spiegele sich die Lohndifferenz zwischen Ost und West nicht allein in Gehältern wider. „Wer in Parchim, Neubrandenburg und Grevesmühlen Löhne wie in Hamburg bekommen möchte, der darf die Lebenshaltungskosten nicht außer Acht lassen.“

Über gute Löhne zu reden, sei richtig und wichtig. „Dass 53 Prozent der Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern ohne Tarifvertrag arbeiten, unterstreicht den Handlungsbedarf“, verdeutlichte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Umso weniger verstehe er die „Alice-im-Wunderland-Stimmung“ der SPD. Er frage sich, wo der Entwurf zum Vergabegesetz bleibe. Bislang gebe es nichts als Ankündigungen. Sich hier schon „die Partyhüte“ aufzusetzen, halte er für unangebracht. Seiner Meinung nach müsste der Gesetzentwurf inhaltlich viel weiter gehen. Wer suggeriere, dass die von seiner Fraktion vorgeschlagenen 10,09 Euro zu sehr in die Tarifautonomie eingriffen, der habe nicht verstanden, was Tarifautonomie bedeute. „In der Regel stellen Mindestlöhne nur eine sichernde Untergrenze dar. Oberhalb derer kann sich die Tarifautonomie frei entfalten.“ Würden sich Arbeitgeber nicht so oft Tarifverträgen verweigern und hätten Beschäftigte mehr Verhandlungsmacht, bräuchte man all diese

Diskussionen gar nicht. „Das Kuriose ist, dass diejenigen, die am lautesten beklagen, dass sich der Staat jetzt einmischt, in der Regel selbst ein gerüttelt Maß an Verantwortung dafür tragen, dass wir überhaupt solche Debatten führen müssen.“

Auch seine Fraktion sei für höhere Löhne, „das ist gar keine Frage“, betonte **Bernhard Wildt**, Fraktionschef der BMV. Dass ein Vergabemindestlohn von 9,54 Euro dabei viel bewirke, halte er aber für wenig wahrscheinlich. „Er ist so niedrig, dass er eigentlich von fast allen übertroffen wird.“ Als Beispiel verwies er auf den tariflichen Mindestlohn für Gebäudereiniger, der seit Januar in Ostdeutschland 9,55 Euro betrage. „Ich weiß ehrlich gesagt nicht, wo da der große Sprung herkommen soll.“ Für ihn liege der Schlüssel für höhere Löhne in der Bildung. „Wir brauchen mehr Bildung, beste Bildung.“ Das führe zu hochqualifizierten Beschäftigten, die wiederum ein steigendes Bruttosozialprodukt erwirtschafteten. „Das, was man erwirtschaftet hat, kann man auch verteilen.“ Darüber hinaus brauche das Land mehr große Unternehmen, die ihre Mitarbeiter tarifgebunden bezahlen. „Sie ziehen das gesamte Lohnniveau nach oben.“ Deshalb unterstütze seine Fraktion den Kurs der Landesregierung, solche Unternehmen ins Land zu bringen. Bei größeren Neuansiedlungen Tariflohn zahlen zu müssen, sei deshalb „ein guter Aspekt im neuen Vergabegesetz“.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** bezeichnete ein höheres Lohnniveau als Frage der Gerechtigkeit. Es könne nicht sein, dass Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, am Ende nicht viel mehr haben als das Existenzminimum. Dieses „Kernproblem“ anzupacken, betrachte sie als eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. „Wir als Land müssen dort, wo wir selbst mit Steuergeldern Aufträge vergeben oder Wirtschaft fördern, mit gutem Beispiel vorangehen.“ Deshalb freue sie sich sehr, dass sich die Koalition auf entsprechende Änderungen im Vergabegesetz verständigt habe. „Dabei geht es nicht darum, dass der Staat die Löhne für die Tarifautonomie kaputt macht. Es geht auch nicht darum, dass der Staat die Löhne vorschreibt.“ Die Landesregierung wolle aber ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, um insgesamt zu einem höheren Lohnniveau zu kommen. Das sei eine Frage der Glaubwürdigkeit. „Wir haben seit der Wende die niedrigste Arbeitslosigkeit. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist gestiegen. Jetzt muss das Dritte folgen: Wir müssen auch in den Löhnen nachziehen.“ Das Vergabegesetz nehme Schwesig zufolge dabei nicht nur die Belange von Arbeitnehmern in den Blick, sondern auch die Interessen der Unternehmen. „Das ist Maß und Mitte zwischen Wirtschaft und guter Arbeit“, damit Mecklenburg-Vorpommern wettbewerbsfähig bleibe.

Rednerfotos: Uwe Sinnecker

Mehr Ausgaben, keine neuen Schulden

Doppelhaushalt für 2018 und 2019 sieht Rekordausgaben vor

Haushalt 2018/19

■ 15.277 Euro pro Minute. 22 Millionen Euro am Tag. So verteilen sich rein rechnerisch die 8,07 Milliarden Euro, auf die sich die geplanten Ausgaben des Landes im neuen Jahr summieren. Für 2019 sind noch mehr vorgesehen: 8,12 Milliarden Euro. Damit klettern die Ausgaben erstmals über die Acht-Milliarden-Euro-Marke. Profitieren sollen davon insbesondere Kitas, Kommunen, Polizei, Wirtschaft und Infrastruktur. SPD und CDU sehen sich damit auf einem soliden und investitionsstarken Regierungskurs. Aus Sicht der Opposition bleibt der Finanzplan hingegen weit hinter den finanziellen Möglichkeiten zurück. Sie lehnte den Haushalt geschlossen ab.

Mittwoch, 13. Dezember, 10 Uhr. Der Sitzungsgong läutet einen langen Tag ein. Auf der Tagesordnung steht nur ein Punkt: die Schlussberatung und Abstimmung über den Doppelhaushalt. Doch dieser eine Punkt hat es in sich. Der

Haushalt des Landes ist die Königsdisziplin des Parlaments. Mit ihm zurren die Abgeordneten fest, welche Einnahmen das Land in den kommenden beiden Jahren erwartet und wie viel Geld wofür ausgegeben werden soll. Dabei geht es um Milliarden – und um die wichtigste Arbeitsgrundlage für Landesregierung und Landesverwaltung.

Die Materie ist komplex. Bestand der Haushaltsentwurf 1991 noch aus zwei Bänden, sind es jetzt 15. Zwischen Buchdeckel gepresst, würde neben ihnen selbst die gut 1.200 Seiten starke „Herr der Ringe“-Trilogie wirken wie ein Büchlein.

Mit jeweils mehr als acht Milliarden Euro gibt das Land 2018 und 2019 so viel Geld aus wie noch nie. Mit mehr als zwei Milliarden Euro entfällt der größte Anteil auf die Personalkosten. Hauptgründe dafür seien Tarifsteigerungen sowie zusätzliche Stellen für Lehrer und 150 Polizisten, so die Landesregierung.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt der Haushalt bei den Investitionen. Im kommenden Jahr klettern sie auf gut 1,2 Milliarden Euro. Für 2019 sind 1,15 Milliarden Euro festgeschrieben. Geld, das unter anderem dem Straßenbau, Küstenschutz, Städtebau, Kitas, der Wirtschaftsförderung und dem Breitbandausbau zugutekommen soll.

Der Finanzplan sieht zudem für die Kommunen pro Jahr rund 80 Millionen Euro mehr als bisher vor. Weitere Eckpfeiler sind Millionenbeträge für die technische Ausstattung der Polizei, den Vorpommern-Fonds und die Entlastung der Eltern bei Kita-Beiträgen. Darüber hinaus sollen auch künftig 75 Prozent der Jahresüberschüsse in die Schuldentilgung fließen.

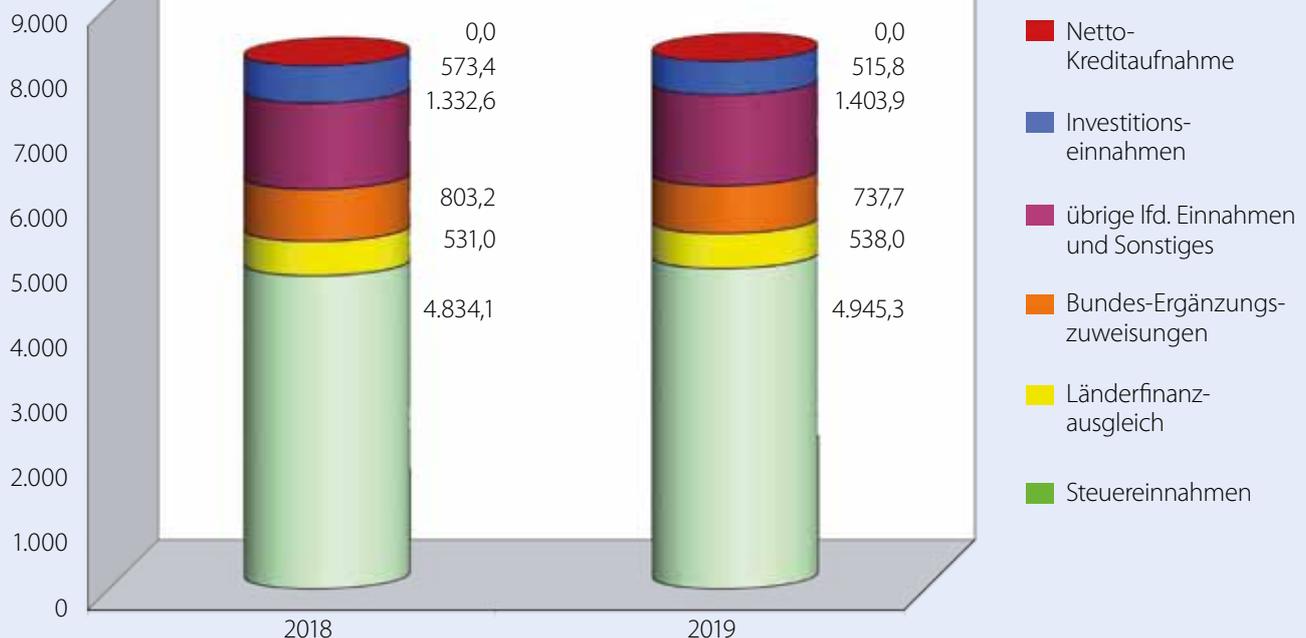
Auf der Einnahmeseite spülen vor allem Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen Geld in die Landeskasse. Sie machen zusammen mehr als sechs Milliarden Euro aus. Für 2018 rechnet die Landesregierung dabei mit

Haushaltsplan 2018/19 (Einnahmen)

Gesamteinnahmen 2018: 8.074,2 Mio. Euro

Gesamteinnahmen 2019: 8.140,8 Mio. Euro

in Mio. Euro



Grafik: Finanzministerium M-V

einem Steuerplus von 232 Millionen Euro, im Jahr darauf noch einmal mit 53 Millionen Euro mehr. Das Land werde auch in den kommenden beiden Jahren keine neuen Schulden machen, betonte Finanzminister Mathias Brodkorb. „Das ist für mich die wichtigste Botschaft.“

Die Zahlen, die hier zur Debatte stehen, sind für die Abgeordneten nicht neu. In den vergangenen Wochen und Monaten haben sie sich intensiv mit den von der Landesregierung erarbeiteten Tabellen und Zahlenkolonnen befasst. In den Fraktionen. Im Finanzausschuss und in allen anderen Fachausschüssen. Insbesondere die Mitglieder des Finanzausschusses haben den Entwurf seit drei Monaten Punkt für Punkt diskutiert und über 236 Änderungsanträge beraten. Mehr als 150 davon stellten die Oppositionsfraktionen. Sie forderten in der Hauptsache mehr oder andere Investitionen.

Am Ende stößt aus den Reihen der Opposition nur ein Vorschlag auf Zustimmung bei SPD und CDU: Auf Initiative der BMV erhält die Landeszentrale für politische Bildung 50.000 Euro mehr als ursprünglich geplant. Damit soll die Einrichtung ihre Online-Aktivitäten im Kampf gegen Extremismus verstärken.

Einer der größten Streitpunkte blieb bis zuletzt der Strategiefonds. Aus diesem will die Landesregierung mit Hilfe von Haushaltsüberschüssen zusätzliche Projekte mit Leuchtturm-Charakter oder landesweiter Wirkung finanzieren – Eigenschaften, die die Opposition diversen darin aufgeführten Vorhaben jedoch absprach. Sie störte sich außerdem daran, bei der Auswahl der Projekte kein Mitspracherecht gehabt zu haben.

Neun Stunden lang flogen in der Schlussdebatte die Argumente noch einmal hin und her. Erst zum Haushalt

im Allgemeinen, dann zu den Ausgaben in den einzelnen Fachressorts. Redner der Koalitionsfraktionen lobten den Finanzplan als Zeichen einer „Politik der Solidität und Kontinuität“, die „grundsolide“ wichtige Weichen für die Zukunft stelle und das Land „Schritt für Schritt“ weiter voranbringen werde. Das sah die Opposition anders. Sie sprach von einem „Haushalt der Stagnation“ und warf der Koalition vor, mit einer „Politik nach Gutsherrenart“ falsche Prioritäten zu setzen.

Die Uhr zeigt inzwischen 19 Uhr. Das letzte Wort ist gesprochen. Nun folgt Abstimmung auf Abstimmung. Eine Stunde lang. 20.06 Uhr ist es geschafft – und der Rekordhaushalt mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen.

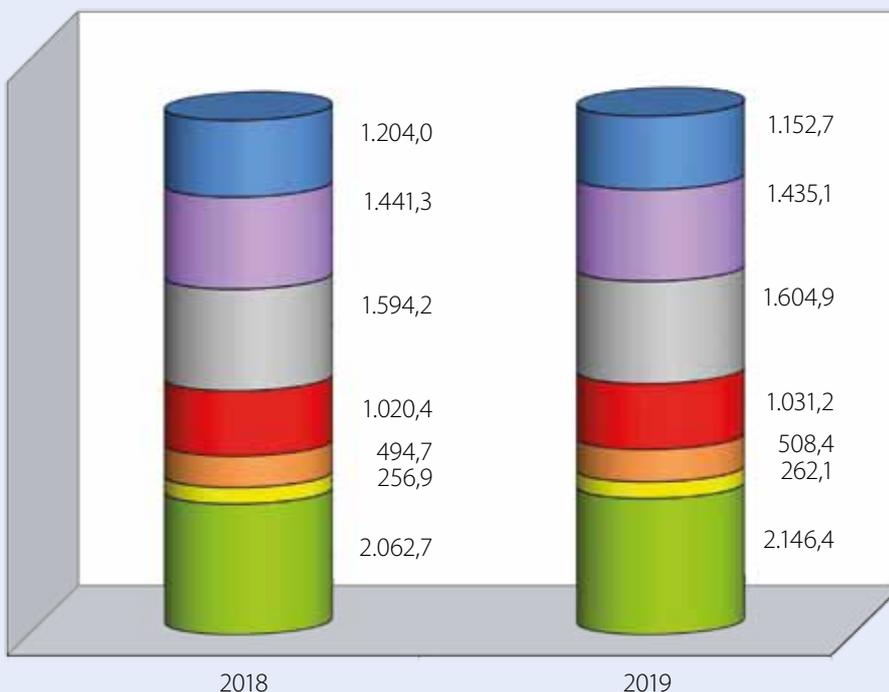
Haushaltsplan 2018/19 (Ausgaben)

Gesamtausgaben 2018: 8.074,2 Mio. Euro

Gesamtausgaben 2019: 8.140,8 Mio. Euro

in Mio. Euro

9.000
8.000
7.000
6.000
5.000
4.000
3.000
2.000
1.000
0



- Investitionen
- Sonst. Sach- und Fachausgaben und Sonstiges
- Soziale Sicherung
- Kommunaler Finanzausgleich (ohne Investitionsmittel)
- sächl. Verwaltungsausgaben
- Netto-Tilgung
- Zinsausgaben
- Personalausgaben

Grafik: Finanzministerium M-V

Die Haushaltsdebatte

■ Gut zehn Stunden haben die Abgeordneten in der zweiten Lesung über die Einnahmen und Ausgaben der kommenden beiden Jahre debattiert – so lange wie nie zuvor. An dieser Stelle sind die Positionen der Hauptredner aus der Generaldebatte zusammengefasst:



„Die Mitglieder des Finanzausschusses haben die verschiedenen Haushaltspläne intensiv und teils sehr kontrovers diskutiert“, berichtete dessen stellvertretender Vorsitzender **Tilo Gundlack**. „Am Ende hatten wir über 236 Änderungs- und elf Entschließungsanträge zu befinden.“ Dass 139 davon angenommen worden seien, zeuge von einer „sehr konstruktiven und einmütigen“ Zusammenarbeit. Im Ergebnis legte der Ausschuss 17 Beschlussempfehlungen vor. Unter anderem empfahl er, beim Landesrechnungshof drei neue Stellen zu schaffen, die Allgemeinen Zuweisungen des Landes zur Förderung von Kindern in Kitas und bei Tagesmüttern um mehr als 110.000 Euro zu erhöhen, die Mittel für neuen Wohnraum um mehr als 10 Millionen Euro aufzustocken und Schutzmaßnahmen gegen Wölfe finanziell zu unterstützen.



SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger** pries den Rekordhaushalt als „Ausdruck der gestiegenen Leistungsfähigkeit des Landes“. Damit setze das Land seine „Politik der Solidität und Kontinuität“ fort – eine Politik, mit der sich Mecklenburg-Vorpommern unter sozialdemokratischer Führung seit 1998 zu einem Aufsteigerland entwickelt habe. „Das ist keine spektakuläre Politik, aber eine Politik, die uns Schritt für Schritt weiter voranbringt.“ Ein wesentlicher Eckpfeiler sei die Tilgung von Schulden

und damit verbunden eine jährliche Zinsersparnis von 60 Millionen Euro. Jeder Euro, der nicht den Banken überlassen werde, könne für die Zukunft des Landes ausgegeben werden. Scharfe Kritik übte Krüger am Vorwurf der Fraktion DIE LINKE, beim Strategiefonds gehe etwas nicht mit rechten Dingen zu. „Das ist Unsinn.“ Er könne nichts „Skandalträchtiges“ daran erkennen, Projekte wie die Pommernkogge oder den „Demokratieladen Anklam“ finanziell zu unterstützen. DIE LINKE sei ja nur beleidigt, weil die Fördervorschläge nicht von ihr, sondern den Abgeordneten der Koalition gekommen seien.



Auch **Torsten Renz** (CDU) sprach von einem soliden Etat, in dem seine Fraktion maßgebliche Akzente gesetzt habe. „Oder glaubt hier jemand ernsthaft, dass es eine Polizistenstelle mehr gegeben hätte, wenn die CDU nicht in der politischen Verantwortung gewesen wäre?“ Gleiches gelte für die Mittelaufstockung bei den Kommunen. Eine „Farce“ sei gewesen, wie die AfD in den Beratungen agiert habe. Anstatt ihrer Forderung nach mehr Polizisten mit einem eigenen Antrag „Substanz“ zu verleihen, habe sie überall da, wo es um Themen wie Flüchtlinge, Frauen oder Extremismus gegangen sei, Mittelkürzungen gefordert. „Das ist Wählertäuschung in höchster Potenz.“ Den Linken warf er vor, mit der Kritik am Strategiefonds das Haar in der Suppe zu suchen und „gute Projekte gegeneinander auszuspielen“. Seinen Koalitionspartner SPD mahnte er, beim Thema kostenfreie Kita endlich Fahrt aufzunehmen. Es könne nicht sein, dass das Land Millionen Euro ausbebe, um Eltern finanziell zu entlasten, dieser Effekt in manchen Kitas auf Grund steigender Beiträge aber gleich wieder verpuffe.



Den Vorwurf, „inhaltsleer“ und „ideenlos“ agiert zu haben, wies AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer** als „haltlos“ zurück. Seine Fraktion habe sich intensiv mit den Finanzplänen auseinandergesetzt, „mit pragmatischem Realismus“ Anträge gestellt und bei den inhaltlichen Beratungen an die Offenheit der Regierungskoalition geglaubt. „Unsere Gutgläubigkeit wurde aber schlichtweg ausgenutzt.“ Bei der inneren Sicherheit sehe er die CDU auf einem richtigen Weg. Deshalb habe die AfD diesem Einzelplan, ohne sich im „Klein-Klein zu verlieren“, zugestimmt. Insgesamt betrachtet, bleibe der Haushalt aber weit hinter den Möglichkeiten zurück. Anstatt sich „mutig“ für die Menschen im Land einzusetzen, werde bei den Richterstellen, der Digitalisierung in Schulen und im ländlichen Raum gekausert und viel Steuergeld für Quotenregelungen, Genderforschung, „die Alimentierung kulturfremder Analphabeten“ und die Landeszentrale für politische Bildung „verschleudert“.



Simone Oldenburg, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, warf der Koalition „Arroganz der Macht“ vor. Ihre Fraktion habe 80 Änderungsanträge gestellt, darunter zur Wohnraumförderung, kostenlosen Kita, Kinderkarte, zu Frauenhäusern, Aids-Beratungsstellen und gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Nicht einem habe die Koalition zugestimmt. „Das ist doch kein Umgang!“ Anstatt das Land voranzubringen, werde an vielen Stellen „gegeizt, geknausert und gespart“. Gegenstand ihrer Kritik blieb auch der Strategiefonds. Ihr Vorwurf: Dieses allein von den Koalitionsfraktionen gefüllte „Überraschungsei“ verfolge mit milden, wahlkreisbezogenen Gaben für Pfarrscheunen,



Rund zehn Stunden lang debattierten die Abgeordneten den Haushaltsplan des Landes für 2018 und 2019.

Foto: Uwe Sinnecker

Tierheime, Pferde oder Wasserskiboote nur ein Ziel: „Wie gewinne ich meinen Wahlkreis wieder?“ Sie bezweifelte, dass solch ein „Gemauschel“ rechtmäßig sei, und kündigte eine Überprüfung an. „Sie fördern ja sogar Maßnahmen, die bereits eigene Haushaltstitel haben.“



Einer solchen „Politik nach Gutsherrenart“ werde auch seine Fraktion nicht zustimmen, knüpfte BMV-Fraktionschef **Bernhard Wildt** an. Er warb dafür, die Kriterien für den Strategiefonds zu überarbeiten und damit einhergehend die Kosten für den Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern einzusparen. Die Pläne zur Schuldentilgung nannte er „hasenherzig“. Er forderte, die Tilgung auf 150 Millionen Euro im Jahr zu begrenzen und das übrige Geld in wachstumsfördernde Projekte zu investieren. Damit könnte sich die Regie-

rung „mutig den Herausforderungen der Zeit stellen“ – zum Beispiel einem Bildungsprogramm. „Davon hat unser Land deutlich mehr als die Ersparnis der derzeit niedrigen Zinsen.“ Abschließend dankte er SPD und CDU für ihre Zustimmung zum Antrag der BMV, der Landeszentrale für politische Bildung 50.000 Euro mehr als geplant zur Verfügung zu stellen. Das bestärke seine Fraktion, auch künftig konstruktiv in der Landespolitik mitzuarbeiten.



Demokratisch gewählte Abgeordnete hätten die Pflicht, sich um die Anliegen der Bürger zu kümmern, verteidigte Finanzminister **Mathias Brodtkorb** den Strategiefonds. „Dabei möchte ich nicht behaupten, dass die jetzige Regelung schon perfekt ist.“ Er sei „sehr offen“ für Änderungen. Dazu müssten aber zunächst einmal erste Erfahrungen

damit gesammelt werden. Brodtkorb sprach von einem Haushalt, der die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre fortsetze, aber auch neuen Paradigmen folge. Dazu gehöre, den Anteil eigenfinanzierter Investitionen auf mindestens sieben Prozent zu erhöhen. Das soll die Investitionen trotz sinkender Zuschüsse von Bund und EU auf hohem Niveau halten. Während DIE LINKE bereit sei, über Neuverschuldung Wohltaten zu verteilen, habe sich die Regierung selbst auferlegt, manche Wünsche der Politik oder Bürger so lange aufzusparen, bis die Finanzierung sicher sei, sagte Brodtkorb und kündigte an, 2019 einen Plan vorzulegen, wie M-V schrittweise zur beitragsfreien Kita komme.

Ausführliche Informationen zu den Positionen der Fraktionen können Sie auf den Folgeseiten lesen.

„Politik der Solidität und der Kontinuität“

SPD: Geld für Elternentlastung, Polizei und Kommunen



Foto: Uwe Sinnecker

„Mecklenburg-Vorpommern hat sich zum Aufsteigerland gemausert.“

Thomas Krüger,
Vorsitzender der SPD-Fraktion,
in der allgemeinen Aussprache zum
Haushaltsplan 2018/2019

SPD-Fraktion

■ Jeder neue Haushalt ist etwas Besonderes: Dieser Haushaltsplan ist beispielsweise der erste mit einem Volumen von über acht Milliarden Euro. Das ist Ausdruck auch der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ausdruck der gestiegenen Leistungskraft ist auch, dass unser Land seit nunmehr elf Jahren keine neuen Schulden mehr aufgenommen hat. Ein Umstand, den lediglich Bayern und Sachsen für so einen langen Zeitraum für sich verbuchen können.

Ein Ausdruck von Zukunftsfähigkeit ist, dass wir in den zurückliegenden Jahren mehr als eine Milliarde Euro Schulden getilgt haben. Damit sparen wir Jahr für Jahr Millionenbeträge an Zinsen. Für uns ist klar: Geld für die Zukunft des Landes einzusetzen ist besser, als es den Banken zu überlassen.

Diese Politik der Solidität und der Kontinuität wollen wir auch in den kommenden Jahren weiterführen. Das ist keine spektakuläre Politik. Aber eine Politik, die uns Schritt für Schritt voranbringt.

Dabei haben wir klare Prioritäten gesetzt:

Von den rund acht Mrd. Euro sind fast 1,9 Mrd. Euro in den Bereichen Soziales, Arbeit, Gesundheit, Umwelt und Sport

veranschlagt worden. Mit 1,89 Mrd. Euro für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird ein zweiter großer Block ausfinanziert.

Gute Finanzpolitik ist vorausschauend. Das war stets unsere Maxime.

Bereits seit 2005 hat sich die SPD-geführte Landesregierung dazu entschlossen, ein Personalkonzept einzuführen und umzusetzen. Es wurde eingeführt, um den vergleichsweise hohen Personalbestand an den Durchschnitt vergleichbarer Flächenländer anzupassen. Die Umsetzung war damals kein Spaß, ist es heute nicht und wird es auch zukünftig nicht sein. Das Personalkonzept wird heute noch oft kritisiert. Es war notwendig und wird es in den Folgejahren auch sein. Denn ohne dieses Konzept würden wir bereits heute jährlich etwa 700 Mio. Euro mehr an Personalausgaben schultern müssen. Natürlich musste das Personalkonzept zwischendurch den Umständen und Bedürfnissen angepasst werden. So wurden in den Bereichen Polizei, Lehrer, Landtag, Landesrechnungshof einige Abweichungen und Aufstockungen beschlossen. Das ist richtig so, denn kein langfristiges Konzept kommt ohne Steuerung aus, wenn sich die Umstände ändern.

Beispiel Landespolizei:

Hier wird sowohl hinsichtlich des Stellenbestands und damit der Personalausga-

ben, als auch bei den Investitionen den veränderten Rahmenbedingungen bei der öffentlichen Sicherheit Rechnung getragen. Im Haushaltsjahr 2018 sind insgesamt 150 neue Stellen eingeplant. Daneben sind 100 temporäre Stellen ausgewiesen, die für die zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der veränderten Sicherheitslage und zur Bewältigung der Flüchtlingssituation erforderlich sind. Mit diesen zusätzlichen Polizeistellen gehen auch zusätzliche Investitionen einher. In den Jahren 2018 und 2019 sollen dabei sowohl notwendige Ersatzbeschaffungen als auch Neubeschaffungen von Technik, Ausrüstung und Ausstattung für die Landespolizei vorgenommen werden. Mit den hier geplanten Ausgaben wird auf die höheren Anforderungen an polizeiliche Führungs- und Einsatzmittel sowie auf die immer weiter zunehmende Technisierung der Polizeiausstattung reagiert. Daneben wird die planmäßige Erneuerung der polizeilichen Ausstattung fortgesetzt. So werden unter anderem die eingeleitete Umstellung auf eine neue Dienstpistole in der Landespolizei weitergeführt, die Trainingszentren der Polizei erstmalig mit neuen Führungs- und Einsatzmitteln ausgestattet und die Dienstfahrzeuge fortlaufend durch Neuanschaffungen ersetzt. Des Weiteren ist hervorzuheben, dass in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung,

Polizei und Rechtspflege zur Absicherung des erhöhten Ausbildungsbedarfs im Polizeibereich sowie zur Abdeckung des Nachwuchsbedarfs in der allgemeinen Verwaltung die Anzahl der Klassen erhöht worden ist. Um den größeren Ausbildungsbedarf abzudecken, sind 2018 18 neue Stellen für Dozenten und im Haushaltsjahr 2019 zwei weitere Stellen für Dozenten ausgewiesen.

Hier setzt ein weiterer wichtiger Baustein der vorausschauenden Finanzplanung an. Gemeint ist der Versorgungsfonds. Seit 2008 wird für alle neu in den Landesdienst aufgenommenen Beamtinnen und Beamte Monat für Monat ein Sockelbetrag in diesen Versorgungsfonds eingezahlt. Das kostet zwar jährlich etwa 41 bis 44 Mio. Euro, der Fonds wird aber im Laufe der Zeit soweit anwachsen, dass daraus für alle ab 2008 in den Landesdienst eingestellten Beamtinnen und Beamten die Ruhegehälter gezahlt werden können. Alle Länder, die nicht so wie wir Vorsorge treffen, werden später ernsthafte Probleme bekommen, wenn sie die Pensionen aus dem laufenden Haushalt aufbringen müssen.

SPD-Eckpfeiler im Doppelhaushalt 2018/19

Kindertagesbetreuung

Wie versprochen, gibt das Land ab 2018 zusätzlich zu den bisher gezahlten 100 Euro bis zu 50 Euro für jedes Kind pro Monat in Krippe und Kita dazu, um die Eltern zu entlasten. Das bedeutet

24 Mio. Euro Mehrausgaben im Jahr 2018. Die Geschwisterkind-Regelung wird ab 2019 mit zusätzlich 20 Mio. Euro veranschlagt. Damit besteht ab dem 1. Januar 2018 der gesetzliche Anspruch, und die Landkreise enthalten einen jährlichen Ausgleichsbetrag für den Verwaltungsaufwand von insgesamt 699,3 TEUR. Die Ausgaben für Kindertagesbetreuung wachsen auf 233 Mio. Euro im Jahr 2018 und auf 240 Mio. Euro im Jahr 2019 an. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre sind die Mittel für die Kindertagesbetreuung damit nahezu verdoppelt worden.

Schulbauprogramm

110 Mio. Euro stehen zur Verfügung, damit die Schulen des Landes saniert und modernisiert werden können. Auch werden die Mittel für nötige Umbaumaßnahmen bereitgestellt, damit behinderte Kinder bald überall gemeinsam mit nicht behinderten Kindern lernen und den Schulalltag bewältigen können.

Wohnraumförderung

Die Menschen müssen sich dort, wo sie arbeiten, auch eine Wohnung leisten können. Deswegen wird der soziale Wohnungsbau gestärkt. 360 Mio. Euro stehen in den kommenden beiden Jahren dafür zur Verfügung.

Infrastruktur

Mit Bundes- und Kofinanzierungsmitteln des Landes stehen für den Breitbandausbau bis zu 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit wird eine wesentliche

Voraussetzung geschaffen, dass sich bereits ansässige Firmen den Herausforderungen der Digitalisierung stellen können und sich neue innovative Firmen ansiedeln können, um gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Wichtig für die Entwicklung des Landes ist der Zustand der Straßen. Auch die werden saniert und instandgehalten. Im Doppelhaushalt 18/19 sind dafür mehr als 400 Mio. Euro eingeplant.

Kommunalfinanzen

Mit der Novelle des Finanzausgleichsgesetzes werden die Kommunen jährlich rund 100 Mio. Euro mehr als nach der alten Rechtslage zur Verfügung haben. Kinderreiche Kommunen werden besser ausgestattet, da sie auch höhere Kosten zu schultern haben.

Strategiefonds

Aus 50 Mio. Euro Überschüssen, die nicht der Schuldentilgung dienen, fließen zehn Mio. Euro in einen Kofinanzierungsfonds. Weitere zehn Mio. Euro stehen zur Unterstützung ländlicher Räume zur Verfügung. Fünf Mio. Euro werden in ein Sonderprogramm Schulbau fließen. Mit 25 Mio. Euro werden Leuchtturmprojekte in den verschiedenen Landsteilen unterstützt – von Freilichtmuseen über Kleingärten bis hin zu Dorfladeninitiativen.

Fachkräftebedarf

Das Handwerk erhält 1,2 Mio. Förderung, u.a. um Betriebsnachfolgen zu sichern (Kampagne „Besser ein Meister“) oder dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Sportförderung

Die Mittel für das Sportfördergesetz steigen auf fast neun Mio. Euro. Mit der Erhöhung wird der Landessportbund insbesondere eine Anpassung der Trainergehälter vornehmen. Weitere Mittel sind mit dem „Sportpakt 2018-2021“ vorgesehen, hier zu nennen: 800.000 Euro für Großsportgeräte, 250.000 Euro für die Stärkung des Ehrenamts im Sport, zur Förderung der Integration, des Kinder- und Jugendsports und des Behinderten- und Gehörlosensports sowie 250.000 Euro zur Förderung von Maßnahmen im Nachwuchsleistungssport.



Foto: Uwe Sinnecker

Die SPD-Fraktionsspitzen Thomas Krüger, Jochen Schulte, Tilo Gundlack und Andreas Butzki (v.r.) verfolgen die Haushaltsdebatte.

„Ein guter, solider Haushalt“

CDU: Tragbarer Kompromiss der Koalitionspartner



„Wir stehen weiterhin für solide Finanzpolitik.“

Torsten Renz,
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Fraktion, in der allgemeinen Aussprache
zum Haushaltsplan 2018/2019

Foto: Uwe Sinnecker

„Die Pflicht zum Haushaltsausgleich geht allen anderen Pflichten vor, weil auf die Dauer keine Pflicht erfüllt werden kann, wenn der Haushaltsausgleich nicht gelingt.“

■ Dieses Zitat stammt vom Rechtswissenschaftler Janbernd Oebbecke, Professor an der Westfälischen Wilhelmsuniversität Münster. Es zeigt in bemerkenswerter Weise, wie wichtig ein ausgeglichener Haushalt als Basis finanzpolitischer Handlung ist. Nämlich, dass man sich seine Ausgaben auf lange Sicht nur leisten können, wenn man sich nicht überschuldet und nur das ausgibt, was man auch hat. Aus diesen Worten geht gewissermaßen finanzpolitische Weitsicht hervor. Eine finanzpolitische Weitsicht, die für die CDU von zentraler Bedeutung ist und von der auch der Landeshaushalt zeugt.

Der Landeshaushalt ist demnach ein Zahlen- und Regelwerk, das aus finanzpolitischer Weitsicht hervorgeht und Ausdruck einer soliden Finanzpolitik ist.

Der finanzpolitische Kompass der CDU kennt auch in den kommenden beiden Jahren drei Richtungen. Diese sind:

- ein ausgeglichener Haushalt
- weitere Schuldentilgung, wenn möglich
- wichtige schwerpunktmäßige Investitionen

Erstmals hat der Haushalt dieses Landes die Acht-Milliarden-Euro-Grenze geknackt. Das Haushaltsvolumen wird in 2018 auf ca. 8,07 und in 2019 auf 8,12 Milliarden Euro anwachsen. Viel wichtiger als diese bloßen Zahlen sind jedoch die einzelnen Inhalte.

Innere Sicherheit

Der CDU-Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, dass der Bereich Innere Sicherheit gestärkt wird. So wachsen die Gesamtausgaben für die Polizei um ca. 30 Mio. Euro von 457 auf 486 Mio. Euro. Für Dienstfahrzeuge, die technische Ausrüstung sowie die Dienst- und Schutzkleidung der Beamten werden 3,5 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt. Es wird in die Aus- und Fortbildung der Beamten investiert. Daneben werden einmalige Investitionsbedarfe im Umfang von einer Mio. Euro für die zusätzliche Einheit der Polizei in Anklam bereitgestellt. Dies ist insbesondere ein wichtiges Signal an die Menschen in Vorpommern.

Sicherheitsinvestitionen gibt es jedoch nicht nur bei der Polizei, sondern etwa auch in der Justiz. So sind für Gerichte und Staatsanwaltschaften 170.000 Euro zusätzlich für Ausrüstungsgegenstände

wie Sicherheitswesten – etwa für Gerichtsvollzieher – vorgesehen.

Das Thema Innere Sicherheit ist bei der CDU nachweislich in guten Händen. Natürlich hätte sich die CDU an mancher Stelle mehr gewünscht. Kein Geheimnis ist, dass der Koalitionspartner politisch andere Prioritäten setzt. Dennoch konnte ein tragbarer Kompromiss gefunden werden.

Sport

Ein weiteres wichtiges Anliegen der CDU-Fraktion ist traditionell der Bereich des Sports. Der nun vorgelegte Haushalt enthält eine tragfähige Einigung zwischen dem Land sowie dem Landessportbund, die auch über die Jahre 2018 und 2019 Bestand haben soll. Sie beinhaltet folgende wichtige Punkte:

- plus 250.000 Euro über das Sportfördergesetz
- plus 250.000 Euro für Großsportgeräte
- plus 250.000 Euro für Nachwuchssport (über den Strategiefonds von SPD)
- plus 250.000 Euro für die Stärkung des Ehrenamts im Sport, den Kinder- und Jugendsport, den Behinderten- und Gehörlosensport und die Förderung der Integration durch Sport

Der Sport hat in Mecklenburg-Vorpommern einen hohen Stellenwert. Allein im Landessportbund sind 2017 mehr

als 250.000 Menschen organisiert. Das macht gut 16 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Diese Zahlen zeigen eindrucksvoll, dass Mecklenburg-Vorpommern ein sportbegeistertes Land ist. Die Mittel sind deshalb auch bestens angelegt. Und: Eine breite Bevölkerungsschicht wird davon profitieren.

Hochschulen

Wichtig war für die CDU-Fraktion die Einigung mit den Hochschulen des Landes zum Thema Rücklagenbildung. Ursprünglich war geplant, dass die Hochschulen in 2018 und 2019 Rücklagen in Höhe von 2,5 Prozent beziehungsweise 5,0 Prozent der Mittel, die ihnen vom Land zur Verfügung gestellt werden, zu bilden haben. Dies hätte jedoch bedeutet, dass bereits ein beträchtlicher Teil ihrer finanziellen Mittel gebunden gewesen wäre.

Die CDU hat erreicht, dass die zu bildenden Rücklagen der Hochschulen nicht mehr 2,5 bzw. 5,0 Prozent in 2018 und 2019, sondern ein Prozent in 2018, zwei

Prozent in 2019 und drei Prozent in 2020 betragen. Somit wurde nicht nur die Höhe der zu bildenden Rücklage verringert, sondern auch der Zeitraum gestreckt. Dies gibt den Hochschulen viel mehr Handlungsspielraum als vorher. Gleichzeitig wird auch den berechtigten Bedürfnissen des Landes nach finanzieller Sicherheit Rechnung getragen.

Strategiefonds

Ein wichtiges Thema ist auch der Strategiefonds. Über diesen Fonds wurden zahlreiche Un- und Halbwahrheiten verbreitet. Von einem „Wundertopf“ oder über „Gutsherrenart“ wurde gesprochen. Aber: Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich – also demokratisch – über die Aufteilung der Mittel des Strategiefonds im Wirtschaftsplan. Der Wirtschaftsplan ist Teil des Einzelplanes 11. Sie wissen, dass die Einzelpläne Anlagen des Haushaltsgesetzes sind, über das dieser Landtag mehrheitlich beschließt.

Aus dem Strategiefonds werden zahl-

reiche wichtige Projekte finanziert, von denen die Menschen vor Ort profitieren.

- Auf Initiative der CDU-Fraktion wird ein Programm für Defibrillatoren an öffentlichen Gebäuden aufgelegt.
 - Ebenso wird es ein Programm für die Sanierung von Kirchen geben.
 - Die CDU will weiterhin die Kameraden bei den Freiwilligen Feuerwehren beim Erwerb des LKW-Führerscheins unterstützen.
 - Die CDU will die Vertriebenenarbeit weiter stärken und den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zusätzlich unterstützen.
 - Die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern werden zusätzlich gefördert.
 - Und auch die Landesverkehrswacht wird weitere Unterstützung erhalten.
- Der Strategiefonds ist weder ein Wundertopf noch intransparent. Im Gegenteil.

Mit dem Doppelhaushalt schreitet die CDU-Fraktion auf dem Weg solider Finanzpolitik weiter voran.



Peter Ritter (DIE LINKE) nutzt die Möglichkeit der Zwischenfrage an den Redner Tosten Renz (CDU).

Foto: Uwe Sinnecker

„Landesregierung konsequent in die Pflicht nehmen“

AfD: Kein Steuergeld für fragwürdige Projekte

FRAKTION IM LANDTAG
MECKLENBURG-
VORPOMMERN



Foto: Uwe Sinnecker

„Sie lassen zu viele Potenziale ungenutzt und bleiben hinter Ihren selbst gesteckten Zielen zurück.“

Nikolaus Kramer,
Vorsitzender der AfD-Fraktion,
in der allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan
2018/2019

AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion steht für eine solide Finanzpolitik, für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden und für ein aktives Stellenplanmanagement im gesamten Öffentlichen Dienst. Entlang dieser Orientierung werden wir die Landesregierung in den nächsten zwei Jahren bei der Umsetzung begleiten und konsequent in die Pflicht nehmen.

Unser Verständnis von Politik ist, dass diese Politik zuerst den Menschen in unserem Land zugutekommen muss. Politik muss Entscheidungen treffen, die den Menschen dienen, die durch ihre tägliche Arbeit heute und in der Vergangenheit dieses Land gestaltet haben und gestalten. Wir als Politiker haben uns um die Sorgen und Probleme der Menschen zu kümmern, die uns dafür mit ihren Steuern bezahlen. Und wenn alle diese Aufgaben erfüllt sind, geht auch alles andere. Aber erst dann.

Unsere Schwerpunkte:

- Wir brauchen in den kommenden Jahren deutlich mehr Polizeistellen im Land und sehen dafür die dringende Notwendigkeit, den Beruf des Polizisten wieder attraktiver zu machen.
- Wir müssen die Ausreisepflicht von über 3.500 Personen in M-V konsequent

durchsetzen, sodass die horrenden Millionenbeträge für die Versorgung gesenkt werden. Deshalb werden wir weiter darauf drängen, den ungenutzten gesetzgeberischen Spielraum endlich zu nutzen.

- Ein Blick auf die Wagenburgen, die früher einmal Weihnachtsmärkte hießen, zeigt uns zudem, dass auch Prävention und Repression gegen die wachsende Terrorgefahr völlig neu zu denken sind. Denn ohne vom Land geförderte Leitkultur verfällt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Und ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt wird unsere Sicherheit immer mehr ausgehöhlt und die latente Gefahr zum Alltag.
- Wir erwarten endlich eine kräftige Aufstockung der Mittel für Familien, weil beispielsweise die kostenfreie Kita heutige und zukünftige Eltern wirklich entlastet. Und für unsere Familien im Land brauchen wir auch mehr Unterstützung für die Sportvereine, für Trainer, Übungsleiter und Betreuer. Genau hier muss das Ehrenamt deutlich mehr gefördert werden.
- Wenn die Regierung das wirklich ernst meint mit ihren drei neuen Richterstellen im Land – dann ist das der beste Weg zu einem Stillstand in der Rechtspflege, angesichts der anstehen-

den Pensionierungswelle in der Justiz. Hier zeigen Sie sich genauso knausrig wie bei der Digitalisierung der Schulen. Wo sollen denn die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden?

- Damit diese einheimischen Fachkräfte überhaupt geboren werden können und die Rentner sowie die älteren Bürger unseres Landes vernünftig versorgt werden können, müssten Sie allerdings auch stärker in die Krankenhauslandschaft investieren, anstatt die Häuser auf Verschleiß zu fahren und einfach das Beste zu hoffen.
- Wir brauchen endlich vernünftige Konzepte für einen sinnvollen Energiemix, der sowohl Grundlast- als auch Versorgungssicherheit bietet und die Endverbraucher entlastet.
- Wir brauchen als Flächenland dringend eine moderne Infrastruktur, besonders im ländlichen Raum. Das schließt auch eine flächendeckende Digitalisierung ein. Hier wäre mehr nötig und mehr möglich gewesen. Aber die Regierung sorgt dafür, dass der ländliche Raum immer mehr abgehängt wird. Da hilft auch kein Extrafonds für Vorpommern, mit dem die Regierungskoalition Strukturentwicklungspolitik vortäuscht, aber letztlich nichts anderes macht, als mit ihrem Strategiefonds: nämlich nach

ihrem Gusto finanzielle Bonbons und Geschenke zu verteilen.

- Im Hinblick auf die katastrophalen Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in den ländlichen Gebieten unseres Landes ist es unverantwortlich, weite Flächen einem radikalen Natur- und Umweltschutz unterzuordnen, ohne Rücksicht auf die dort lebenden Menschen. Wir fordern eine deutliche Reduzierung der üppigen Mittel für die Wiederherstellung einst entwässerter Moorflächen, wir wollen, dass der seit Jahrhunderten bestehende Kulturraum erhalten bleibt.

- Es muss auch endlich Schluss sein mit einem überzogenen Artenschutz. Mecklenburg-Vorpommern ist kein Freiluftgehege für tausende Biber, die unsere Deiche und Straßen ruinieren, und auch nicht für große Wolfsrudel, die durch die Dörfer der ländlichen Gemeinden streifen. Wir sagen Ja zu einer moderaten Wiederansiedlung von einst hier heimischen Tierarten, fordern aber eine konsequente Bewirtschaftung der Bestände bei gleichzeitiger Unterstützung der betroffenen Mitbürger in unserem Land. Politik bedeutet, Prioritäten zu setzen. Die Regierung spendiert unseren Bürgern eine für diese Zwecke absolut über-



Nikolaus Kramer (AfD) bei seiner Haushaltsrede.

Foto: Uwe Sinnecker

finanzierte Landeszentrale für einseitige politische Bildung. Sie investiert enorm viel Geld in ein planloses Marketing, um auf landesweiten Verkaufsfahrten zu den vielen Windrädern ihre Energie-wende anzupreisen. Sie verschleudert auf der einen Seite Unmengen an Steuergeld für wirklich fragwürdige Projekte, wie Quotenregelungen und Genderforschung, um auf der anderen Seite

noch viel mehr Geld zur Alimentierung kulturfremder Analphabeten auszugeben, damit diese ihre mitgebrachten Mentalitäten überwinden: Antisemitismus, Frauenverachtung, Homophobie, Gewaltaffinität, Patriarchat.

AfD-Fraktion

Geplante Ausgaben 2018/2019 in Mio. Euro	2018	2019
Landtag	49,1	48,8
Landesrechnungshof	7,7	7,6
Staatskanzlei – Ministerpräsidentin	17,9	17,8
Ministerium für Inneres und Sport	699,9	712,9
Finanzministerium	207,06	211,5
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus	403,1	391,1
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	1.712,1	1.747,2
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	474,9	473,2
Justizministerium	351,9	357,8
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	1.149,0	1.131,4
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	759,5	748,6
Allgemeine Finanzverwaltung	1.994,9	2.059,4
Hochbaumaßnahmen	246,5	233,3
Landesverfassungsgericht	0,2	0,2

Quelle: Finanzministerium M-V

„Haushalt ein Bild der Mutlosigkeit“

DIE LINKE: Deutliche Impulse für gute Landesentwicklung fehlen



Foto: Uwe Sinnecker

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

„Hören Sie auf, einen Haushalt der Stagnation zu feiern. Seien Sie mutiger in Ihren Entscheidungen!“

*Simone Oldenburg,
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE,
in der allgemeinen Aussprache zum Haushaltsplan
2018/2019*

Doppelhaushalt ist mehr Schein als Sein

■ Der Doppelhaushalt 2018/2019 ist mehr Schein als Sein. Trotz sehr guter finanzieller Rahmenbedingungen bleiben SPD und CDU weit hinter dem Erforderlichen und Machbaren zurück. Es fehlen deutliche Impulse für eine gute Entwicklung des Landes und spürbare Verbesserungen für das Leben der Menschen. Mit rund 100 Anträgen haben wir versucht, den Haushalt aus dem Tiefschlaf zu holen. Sie wurden allesamt meist ohne Diskussion oder Begründung vom Tisch gewischt.

Der Doppelhaushalt zeichnet ein Bild der Mutlosigkeit. Betroffen sind vor allem Investitionen in Kinder, Jugendliche und die Bildung. Gerade hier ist eine selbstbewusste Politik dringend erforderlich. Dies ist bei der Finanzlage des Landes auch machbar. Zum einen sprudeln die Steuereinnahmen. Zum anderen hat das Land eine großzügige Ausgleichsrücklage von mehr als einer Milliarde Euro.

Elterntlastung für Kinder in der Kita – jetzt!

Die von der Landesregierung versprochene Elterntlastung für Kinder in der Kita ist zu kurz gesprungen. Erst werden die Eltern lange hingehalten, dann mit

einem kleinen Betrag angefüllt und letztlich werden Entlastungen wieder durch Kostensteigerungen aufgefrischt. Das Land muss mehr Verantwortung übernehmen. Wir fordern daher die komplette Beitragsfreiheit für die Kita.

Kinderkarte einführen – Chancengleichheit für Kinder

Alle reden davon, dass Kinder eine chancengleiche Entwicklung brauchen. Wenn es dann konkret wird – Pustekuchen. Wir wollen in einem ersten Schritt einen selbstbestimmten Zugang zu Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Sportangeboten. Jedes Kind zwischen 6 und 16 Jahren erhält eine Kinderkarte – unabhängig vom Elterneinkommen ein monatliches Budget in Höhe von 50 Euro, abrufbar für die Mitgliedschaft etwa in Sportvereinen, den Besuch von Musikschulen oder Kunst- und Kulturveranstaltungen.

Mehr Geld für Bildung

Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Lehrkräftemangels und anhaltend hoher Schulabbrecher-Zahlen muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden. Dazu gehört, dass Grundschullehrer endlich genauso bezahlt werden müssen wie die Kollegen an anderen Schularten. In der Grundschule muss mehr Deutsch und Mathe-

matik angeboten werden. Erforderlich sind drei Stunden Deutsch in den Klassen 2 bis 4 und zwei Stunden Mathematik in den Klassen 1 und 2.

Regionalbudget für Strukturentwicklung

Wir haben erneut vorgeschlagen, ein Regionalbudget für Kommunen in strukturschwachen Regionen über insgesamt 100 Mio. Euro im Haushalt einzurichten. Es gibt kaum neue Impulse für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in M-V. Der „Strategiefonds des Landes M-V“ speist sich aus 25 Prozent möglicher Haushaltsüberschüsse. Wir wollen, dass mindestens 50 Prozent der Überschüsse in einen solchen Fonds fließen, aus dem ein Regionalbudget für Strukturentwicklung finanziert wird. Wir wollen, dass die betroffenen Kommunen die Chance erhalten, diese Mittel eigenverantwortlich einzusetzen. SPD und CDU geben so gut wie nichts extra, der Vorpommern-Fonds in Höhe von drei Mio. Euro ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dauerproblem Langzeitarbeitslosigkeit

Die Landesregierung darf nicht länger die Augen vor der nach wie vor hohen Langzeitarbeitslosigkeit verschließen. Diese muss endlich aktiv bekämpft werden. Sowohl junge als auch ältere Men-



Foto: Uwe Sinnecker

Aufmerksam folgen die Abgeordneten der Linksfraktion den Ausführungen ihrer Vorsitzenden.

schen und Akademiker, die bereits seit Jahren ohne Beschäftigung sind, brauchen Unterstützung, u.a. durch Finanzierung gemeinwohlorientierter Arbeit, ein Gemeindearbeiter-Programm und ein Campus-Projekt, das speziell arbeitslose Akademiker in den Arbeitsmarkt zurückführt.

Kostenfreie Fahrt für Schüler und Azubis

ÖPNV darf sich nicht mehr weitgehend auf die Schülerbeförderung beschränken. Der ÖPNV braucht eine Initialzündung, um langfristig die Mobilität für alle in ganz M-V sichern zu können. Für eine deutliche Ausweitung des Angebotes ist mehr Geld nötig. Die Mittel

sollten den Aufgabenträgern – Landkreisen und kreisfreien Städten – direkt zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug hätten Schüler und Azubis mit dem Mobi-Pass alle ÖPNV- und SPNV-Angebote kostenfrei nutzen können. Kinder und Jugendliche wären damit auch außerhalb der Schulzeit, an den Wochenenden und in den Ferien mobil gewesen. ÖPNV sollte eine Alternative zum eigenen Auto werden – bezahlbar und umweltschonend.

Kommunale Finanzausstattung verbessern

Auch eine bessere Finanzausstattung der Kommunen wird es nicht geben. Es werden lediglich die Sonderhilfen, die

in der letzten Jahren zähneknirschend gezahlt wurden, verstetigt. Damit tatsächlich mehr Geld bei den Kommunen ankommt, haben wir gefordert, die Beteiligungsquote nicht lediglich um 0,5, sondern um mindestens 1,75 Prozent anzuheben. Das hätte den Kommunen etwa 85 Mio. Euro zusätzlich gebracht. Davon sollten 50 Mio. Euro in die von den kommunalen Landesverbänden geforderte Infrastrukturpauschale fließen, mit der Kommunen Unterhaltungsmaßnahmen an Straßen und Gebäuden hätten durchführen können. Allerdings wurde auch dieser Antrag von SPD und CDU abgelehnt.

DIE LINKE-Fraktion

Drucksachen zum Doppelhaushalt 2018/2019

Haushaltsbegleitgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 7/899
Beschlussempfehlung und Bericht
Finanzausschuss
Drucksache 7/1299

Haushaltsgesetz und Verbundquotenfestlegungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 7/900

Mittelfristige Finanzplanung 2017 bis 2022

Unterrichtung der Landesregierung
Drucksache 7/898

Beschlussempfehlungen und Bericht Finanzausschuss

Drucksachen 7/1300 bis 7/1316

Änderungsanträge der Fraktionen

SPD/CDU-Koalition
Drucksachen 7/1512 und 7/1513
AfD-Fraktion
Drucksachen 7/1366 bis 7/1368, 7/1371 bis 7/1383, 7/1396 bis 7/1407 sowie 7/1506 und 7/1507
DIE LINKE-Fraktion
Drucksachen 7/1408 bis 7/1487
BMV-Fraktion
Drucksachen 7/1488 bis 7/1504

„Konstruktive Mitarbeit der BMV erfolgreich“

BMV: Bauchschmerzen bei Mittelvergabe aus dem Strategiefonds



„Ich bitte Sie alle, mit offenem Ohr, Verstand und Herzen in die Debatte zu gehen.“

*Bernhard Wildt,
Vorsitzender der BMV-Fraktion, in der allgemeinen
Aussprache zum Haushaltsplan 2018/2019*

Foto: Uwe Sinnecker

Sicherheit

■ Besonders wichtig ist uns eine Verbesserung der Inneren Sicherheit, sodass wir 405 neue Polizistenstellen einfordern. Hierbei haben wir uns an den Berechnungen der CDU vor der Landtagswahl orientiert und möchten die Lücke zu den bisher umgesetzten Maßnahmen schließen.

Untrennbar mit der Sicherheit verbunden ist unserer Ansicht nach ein gut funktionierendes Rechtssystem, das eine ausreichende Anzahl von Richtern und Staatsanwälten erfordert. Deshalb beantragen wir in diesem Bereich 25 neue Stellen und greifen hiermit Empfehlungen des Richterbundes auf.

Landwirtschaft

Im Agrarbereich ist es uns wichtig, dass von Wölfen und Bibern verursachte Schäden auskömmlich ersetzt werden, wobei für uns eine angemessene Bejagung nach wie vor unerlässlich ist. Auf der anderen Seite können Mittel bei der Wiedervernässung und Vermoorung eingespart werden.

Infrastruktur

Darüber hinaus fordern wir zusätzliche Mittel für die Dorferneuerung von einer Million Euro pro Jahr. Im Bereich der Infrastruktur geht es uns zum einen um eine deutliche Aufstockung der Mittel für den kommunalen Straßenbau um

zehn Millionen Euro jährlich, damit die bestehenden Schäden zügig behoben werden können. Zum anderen sehen wir Bedarf bei der Digitalisierung der Schulen und bei einer fortschrittlichen Stärkung des Öffentlichen Personenverkehrs durch vorbereitende Studien. Das ist wichtig für unser Land.

Weitere Themen

Weitere Maßnahmen fordern wir bei der Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Gewässern. Außerdem sind wir mit der geplanten Kürzung von Mitteln für die Heimatvertriebenen im regulären Haushalt nicht einverstanden und sehen Bedarf an besserer Beratung für Dopingopfer der DDR. Alle unsere Anträge bekamen Zustimmung von einer oder sogar beider anderen Oppositionsfractionen.

Politische Bildung

Die Zustimmung von den Regierungsfractionen und der Oppositionspartei DIE LINKE zu unserem Antrag, der Landeszentrale für politische Bildung 50.000 Euro zusätzlicher Mittel zur Verfügung zu stellen, zeigt, dass wir als ebenbürtige Partner anerkannt sind und auf Augenhöhe mit ihnen agieren. Dass gerade wir als bürgernahe neue Fraktion als einzige Oppositionsfraction einen Änderungsantrag durchbekommen haben, freut uns, denn es zeigt, dass unsere konstruktive Mitarbeit Erfolg hat.

Bei den zusätzlichen Mitteln für die Landeszentrale geht es uns um eine zeitgemäße Einbindung gerade der jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern über Internet und Facebook in politische Geschehnisse in unserem Land, so dass eine parteipolitisch unabhängige Information aus dem Landtag erfolgt und damit Zustimmung und Verständnis für die Demokratie wieder zunehmen.

Strategiefonds

Die größten Bauchschmerzen beim Doppelhaushalt haben wir mit der Verwendung des jeweiligen Jahresüberschusses. Die Vergabe der Mittel aus dem sogenannten Strategiefonds erfolgt nach völlig intransparenten Entscheidungen. Wir Abgeordnete wurden bisher über die Projekte nur unzureichend informiert, sodass der Eindruck entsteht, es handele sich um ein Sammelsurium von teilweise sehr kleinen Einzelvorhaben, die den lokalen Bedürfnissen der Wahlkreise der Koalitionsabgeordneten entsprechen.

„Unsere erst am 25. September 2017 gegründete Fraktion hat sich an den Haushaltsberatungen engagiert beteiligt und insgesamt 14 Anträge eingebracht. In unseren Augen sind das alles wichtige Anträge zum Wohle unseres Landes.“

Bernhard Wildt

Weitere Beschlüsse

Bürgerbeauftragter

■ Matthias Crone bleibt für weitere sechs Jahre Bürgerbeauftragter des Landes. Der Landtag wählte ihn im Dezember mit großer Mehrheit in eine zweite Amtszeit. Von 62 gültigen Stimmen entfielen 54 Ja-Stimmen auf den gemeinsamen Wahlvorschlag von SPD, CDU, DIE LINKE und BMV aus. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Matthias Crone ist seit 2012 Bürgerbeauftragter. Seine zweite Amtszeit beginnt turnusgemäß am 1. März 2018.

*Wahlvorschlag CDU, SPD, DIE LINKE, BMV
Drucksache 7/1508*

Glücksspielstaatsvertrag

■ Der Landtag hat der Neuregelung bei der Vergabe von Lizenzen für Anbieter von Sportwetten zugestimmt. Die Reform des Glücksspielstaatsvertrages sieht vor, dass alle Bewerber, die im bisherigen Konzessionsverfahren die Mindestanforderungen erfüllt haben, eine vorläufige Erlaubnis für Sportwettenveranstaltungen erhalten – sofern sie dafür eine Sicherheitsleistung in Höhe von 2,5 Mio. Euro hinterlegen. Eine Beschränkung auf 20 Konzessionen für private Anbieter soll es damit nicht mehr gegeben. Die Reform konnte jedoch nicht wie geplant zum Januar 2018 in Kraft treten. Dazu hätten die Parlamente aller 16 Bundesländer zustimmen müssen. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen haben die Gesetzesnovelle jedoch abgelehnt.

Drucksachen 7/764 und 7/1357

Mittelstandsförderung

■ Der Landtag hat das Mittelstandsförderungsgesetz bis Ende 2023 verlängert. Das 2013 eingeführte Gesetz, das zunächst bis Ende 2017 befristet war, soll sicherstellen, dass Gesetzgeber und Verwaltung die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen stärker berücksichtigen. Die Fristverlängerung soll allen Beteiligten mehr Zeit geben,



Foto: Uwe Sinnecker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig gratuliert Matthias Crone zu seiner Wiederwahl zum Bürgerbeauftragten von Mecklenburg-Vorpommern.

das Gesetz wirken zu lassen und es nach einer neuerlichen Evaluation gegebenenfalls inhaltlich anzupassen.

Drucksachen 7/1123 und 7/1348

Änderungsantrag DIE LINKE, Drs. 7/1514

Dauergrünland

Dauergrünlandflächen müssen nicht auf Dauer Grünlandflächen bleiben. Liegen sie außerhalb von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten, dürfen sie wieder in Ackerland umgewandelt werden, solange der Anteil des Dauergrünlandes nicht um mehr als fünf Prozent abnimmt. Das sieht eine Änderung des Dauergrünlandhaltungsgesetzes vor. Hintergrund dafür ist die EU-Definition von Dauergrünland als Flächen, die durch Einsaat oder Selbstaussaat mit Gras oder anderen Grünfütterpflanzen bewachsen sind, mindestens fünf Jahre nicht gepflügt wurden und in diesem Zeitraum nicht Bestandteil der Fruchtfolge des landwirtschaftlichen Betriebes waren. Dadurch wären in M-V aus rund 10.000 Hektar Ackerland Dauergrünland geworden – mit einem Wertverlust von bis zu 10.000 Euro je Hektar.

Drucksachen 7/1051 und 7/1343

Akkreditierung von Studiengängen

■ Das Akkreditierungssystem für Studiengänge wird neu geordnet. Die Krite-

rien, nach denen Studiengänge auf ihre Qualität und internationale Vergleichbarkeit geprüft werden, sind künftig in einem Staatsvertrag geregelt. Das soll verhindern, dass unterschiedliche Leitfäden das System der Akkreditierung unübersichtlich machen. Zwar kann jedes Bundesland eigene Rechtsverordnungen erlassen. Der Staatsvertrag regelt jedoch, dass diese in grundsätzlichen Punkten, wie der Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen und Schulabschlüssen, übereinstimmen müssen. Damit der Staatsvertrag wirksam wird, müssen ihn alle Landesparlamente ratifizieren.

Drucksachen 7/1042 und 7/1291

Sozialberufe

■ Berufsqualifikationen und Abschlüsse in den Bereichen Soziales und Pädagogik können künftig auch dann in Mecklenburg-Vorpommern staatlich anerkannt werden, wenn sie außerhalb der EU erworben wurden. Grundlage dafür ist das Gesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialberufen, das der Landtag mit Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BMV verabschiedet hat. Dessen Maßstäbe bilden die Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung in- und ausländischer Berufsqualifikationen, für Berufsbezeichnungen, Verwaltungsverfahren und behördliche Zuständigkeit. Mit dem Ge-



Die Gäste auf den Besuchertribünen sind dicht dran am Geschehen.

Foto: Uwe Sinnecker

setz werden staatliche Anerkennungen anderer Bundesländer denen in M-V gleichgestellt.

Drucksachen 7/1121 und 7/1358

Impfkampagne

■ Mecklenburg-Vorpommern wird im Herbst eine Impfkampagne starten. Sie soll darüber aufklären, wie wichtig es ist, sich gegen schwere Infektionskrankheiten zu immunisieren. Die Aktion soll gemeinsam mit den Krankenkassen und den Gesundheitsämtern umgesetzt werden. Geplant ist, an Schulen, Kindertagesstätten, in Elternvertretungen sowie medizinischen und pflegerischen Einrichtungen für das Impfen zu werben. Die Impfquote in M-V sei im Bundesvergleich zwar überdurchschnittlich hoch. Die Impflücken unter Erwachsenen nähmen jedoch mit steigendem Alter zu, heißt es zur Begrün-

dung. Den Antrag für die Kampagne hatte die CDU gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, DIE LINKE und BMV auf den Weg gebracht. Dem vorausgegangen war im Oktober eine von der CDU angesprochene Aussprache zum Impfen, an deren Ende fraktionsübergreifend der Wunsch nach einem interfraktionellen Antrag stand. Die AfD kritisierte, bei der Antragstellung übergegangen worden zu sein, obwohl sie damals ebenfalls uneingeschränkt hinter der Kampagne gestanden habe.

*Antrag CDU, SPD, DIE LINKE, BMV
Drucksache 7/1331*

Versorgungswerk der Rechtsanwälte

■ Anders als bisher sollen auch Rechtsanwälte, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, künftig Mitglied im Versorgungswerk der Rechtsanwälte in M-V

werden können. Der Landtag hat eine entsprechende Altersgrenze im Rechtsanwaltsversorgungsgesetz gestrichen und überlässt die Entscheidung darüber nun dem Versorgungswerk. Dieses erhält zudem ein neues Gremium: die Vertreterversammlung. Sie ersetzt die bisherige Mitgliederversammlung. Diese war aufgrund mangelnder Resonanz bei den rund 1.400 Mitgliedern nur mit Mühe beschlussfähig. Die Mitgliederversammlung selbst hat das neue 15-köpfige Gremium vorgeschlagen. Geregelt werden muss das aber per Gesetz. Aufgabe der Vertreterversammlung ist es, die Arbeit des Vorstands zu kontrollieren und Beschlüsse zu fassen.

Drucksachen 7/1120 und 7/1297

Stand: 15.01.2018

Dr.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/413	SPD, CDU	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes	Finanzausschuss	1. Lesung 05.04.2017 2. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1122	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB XII und anderer Gesetze	Sozialausschuss	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1124	DIE LINKE	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung 18.10.2017 Überweisung abgelehnt
7/1129	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1187	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezügen 2018 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften	Finanzausschuss	1. Lesung 15.11.2017 2. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1206	DIE LINKE	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für Menschen mit psychischen Krankheiten	–	1. Lesung 15.11.2017 Überweisung abgelehnt
7/1255	LReg.	Gesetz zum Staatsvertrag zwischen Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zur länderübergreifenden gebündelten Verfahrensbetreuung durch die Steuerverwaltungen	Finanzausschuss	1. Lesung 14.12.2017 2. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1319	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“ in Mecklenburg-Vorpommern	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1320 (neu)	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1321	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Landesrechts zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	Agrarausschuss	1. Lesung 14.12.2017 in Beratung
7/1322	DIE LINKE	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - FTG M-V)	–	1. Lesung 14.12.2017 Überweisung abgelehnt
7/1524	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wasserverkehrs- und Hafensicherheitsgesetzes und zur Änderung des Schiffsabfallentsorgungsgesetzes		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1568 (neu)	LReg.	Gesetz zur Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes und weiterer datenschutzrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1569	LReg.	Gesetz zur Anpassung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums an die Verordnung (EU) 2016/679		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1574	AfD	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage zur Einführung eines Gedenktages für die Opfer des SED-Unrechts		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1581	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Ausführung der Schwangerschaftskonfliktberatung an die Verordnung (EU) 2016/679		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1582	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Landesrecht im Bereich der Justiz an die Verordnung (EU) 2016/679		1. Lesung 24./25./26.01.2018
7/1583	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsrechts und dessen Anpassung an die Verordnung (EU) 2016/679		1. Lesung 24./25./26.01.2018

Stand: 15.01.2018

Dr.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/764	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages	LReg.	1. Lesung 12.07.2017 2. Lesung 14.12.2017	angenommen
7/899	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2018/2019	LReg.	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 13.12.2017	angenommen
7/900	Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2018/2019 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2018/2019	LReg.	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 13.12.2017	angenommen
7/1042	Gesetz zum Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems an deutschen Hochschulen (Studienakkreditierungsstaatsvertrag)	LReg.	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 14.12.2017	angenommen
7/1051	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes	CDU, SPD	1. Lesung 27.09.2017 2. Lesung 14.12.2017	angenommen
7/1120	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes und zur Aufhebung der Vollstreckungsplanverordnung	LReg.	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 14.12.2017	angenommen
7/1121	Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Anerkennung von Sozialberufen (Sozialberufe-Anerkennungsgesetz - SobAnG M-V)	LReg.	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 14.12.2017	angenommen
7/1123	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes	LReg.	1. Lesung 18.10.2017 2. Lesung 14.12.2017	angenommen

Foto: Uwe Sinnecker

Laufende Gesetzgebung

Abgeschlossen

Armut und Reichtum in M-V

Öffentliche Anhörung im Sozialausschuss

Am 29. November 2017 führte der Sozialausschuss eine Anhörung zum Thema Armut und Reichtum in Mecklenburg-Vorpommern durch. Einhellig forderten die Sachverständigen von der Politik Ehrlichkeit im Umgang mit dem Thema und plädierten für einen Armuts- und Reichtumsbericht für Mecklenburg-Vorpommern. Ein absolutes Verständnis von Armut gebe es nicht, betonten mehrere Anzuhörende. Armut sei immer relativ. Es gehe daher in der Sicht auf das Thema nicht um absolutes Elend oder gar Verhungern, sondern um Entbehrungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen im Verhältnis zum durchschnittlichen gesellschaftlichen Lebensstandard.

Jörg Böhm vom Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern begrüßte, dass der Ausschuss die Problematik Armut und Reichtum aufgegriffen hat. Viel zu lange sei diese Frage sowohl auf Bundesebene als auch in Mecklenburg-Vorpommern aus den politischen Debatten ausgespart worden. Er forderte von der Politik Ehrlichkeit im Umgang mit dem Thema. Armut werde nicht be-

Sachverständigenliste für die Anhörung

Anwesend: Prof. Dr. Georg Cremer (Deutscher Caritasverband), Prof. Dr. Michael Klundt (Hochschule Magdeburg-Stendal), Dr. Markus Promberger (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), Ingo Schlüter (DGB Bezirk Nord), Jörg Böhm (Arbeitslosenverband M-V) und Bernd Rosenheinrich (Landesseniorenbeirat M-V)

Schriftliche Stellungnahme: Deutsche Rentenversicherung Nord, Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut gGmbH, Landesfrauenrat M-V, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung



Foto: Landtag M-V

Die Expertenanhörung zum Thema Armut und Reichtum fand im Plenarsaal statt.

kämpft, indem man diese leugne. Die offizielle Statistik enthalte politisch definierte Größen. Die Zahl der Arbeitslosen im Hartz-IV-Bezug liege deutlich höher. Außerdem gehe es nicht nur um ein auskömmliches Einkommen; Arbeit bedeute immer auch Anerkennung, Teilhabe und Integration in die Gesellschaft.

Auch **Bernd Rosenheinrich** (Landesseniorenbeirat M-V) bewertete es positiv, dass das Thema Armut in der Politik endlich mehr Aufmerksamkeit findet.

Die Anhörung thematisiere zentrale Fragen von sozialer Gerechtigkeit, betonte **Ingo Schlüter** vom DGB Nord. In der Armut-Reichtum-Problematik sehe er unter anderem auch eine Ursache für die Stärkung des rechten Randes der Gesellschaft.

Armut in Mecklenburg-Vorpommern weise einige besondere Probleme und Ausprägungen im Vergleich mit anderen ostdeutschen Ländern auf, sagte **Prof. Dr. Markus Promberger** vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Charakteristisch seien ein deutlich höherer Anteil an Langzeitarbeitslosen, Langzeitleistungsbeziehern und Bildungsbenachteiligten sowie gewisse Abwanderungsphänomene. Er plädierte für einen Armuts- und Reichtumsbericht für Mecklenburg-Vorpommern und appellierte an die Abgeordneten, sich Ehrlichkeit zu leisten. Wenn es Armut gebe, sei darüber zu reden. Das gelte auch und gerade für die jeweiligen Landesregierungen.

Unterstützung bekam er von **Bernd Rosenheinrich**. Über die Notwendigkeit eines Armuts- und Reichtumsberichts des Landes werde seit langem diskutiert. Der Entwurf von 2005 sei letztlich aber in der Schublade verschwunden. Zudem sei ein solcher Bericht nicht nur ein Dokument für die Arbeit der Regierung, sondern vor allem auch für die Landkreise und Kommunen. Gerade vor Ort sei es wichtig, sich mit den konkreten Problemen zu beschäftigen.

Einen Grund für das Armutsrisiko sieht **Prof. Dr. Georg Cremer** (Deutscher Caritasverband) in der zunehmend ungleichmäßigen Entlohnung von Erwerbstätigen. Er halte es für ein erhebliches Gerechtigkeitsdefizit, dass Menschen, die langjährig im Mindestlohnsektor beschäftigt gewesen seien, im Alter auf eine ergänzende Grundversicherung zurückgreifen müssten. Er empfahl die Schaffung eines integrierten Beirates, bestehend aus Wissenschaftlern und Personen in direktem Kontakt mit Betroffenen. Als weiteren Aspekt führte er die Bildungsqualität an und verwies auf den hohen Anteil von Jugendlichen in M-V ohne Schulabschluss. Hier bestehe Handlungsbedarf.

Prof. Dr. Michael Klundt (Hochschule Magdeburg-Stendal) legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Kinderarmut. Es gehe nicht um absolutes Elend oder gar Verhungern, sondern um Entbehrungen, Ausgrenzungen und Benachteiligungen im Verhältnis zum durchschnittlichen gesellschaftlichen

Lebensstandard. Kinderarmut sei eine auch politisch mit herbeigeführte Kindeswohlgefährdung, die grundsätzlich das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit beeinträchtigt. Auch er schloss sich dem Vorschlag für einen Armuts- und Reichtumsbericht an. Allerdings sei ein solcher Bericht kein Patentrezept, sondern immer auch ein Politikum.

Die Auswertung der Anhörung „Armut und Reichtum in Mecklenburg-Vorpommern“ stand am 10. Januar auf der Tagesordnung des Sozialausschusses.



Foto: Landtag M-V

Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages berichteten im NSU-Unterausschuss des Landtages über die Ergebnisse ihrer Arbeit.

Der NSU in M-V

Unterausschuss des Landtages beriet mit Obleuten des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages

■ Im März 2017 hatte der Landtag einen Unterausschuss des Innen- und Europaausschusses eingesetzt. Der Auftrag: Das Agieren des NSU in Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen. Am 30. November und 7. Dezember 2017 hörte das Gremium die Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages Clemens Binninger, Petra Pau, Armin Schuster, Uli Grötsch und Irene Mihalic sowie den Sachverständigengutachter Dr. Gideon Botsch an.

Zunächst gab Clemens Binninger einen kurzen Überblick über die Erkenntnisse des Bundestags-Untersuchungsausschusses. „Nach wie vor haben wir Zweifel, dass der NSU wirklich nur ein Trio war“, so Binninger. Zahlreiche Umstände hätten die Zweifel genährt: die Auswahl der Tatorte, die Begehung der Verbrechen während der intensiven Tätersuche, der zeitliche Abstand bis zum fünften Mord in Rostock und der Umstand, dass an keinem der 27 Tatorte trotz Körperkontakts zwischen den Tätern und Opfern Spuren aufgefunden werden konnten. Im Hinblick auf den Mord in Rostock hätten „unklare Zuständigkeiten und Zuständigkeiten, die man am liebsten abgeben

würde“, den Ermittlungserfolg nicht gerade begünstigt. Binninger empfahl dem Landtags-Unterausschuss, noch einmal mit den Ermittlern zu reden, die 2004 in den ersten Wochen und Monaten die Arbeit gemacht hätten. Lohnenswert für die Aufklärung sei auch die Untersuchung von Netzwerkstrukturen im rechtsextremen Milieu und im Bereich der organisierten Kriminalität, ergänzte Irene Mihalic. Auch habe es persönliche Bezüge und Netzwerke des Trios nach Mecklenburg-Vorpommern gegeben, in die man tiefer einsteigen könne.

Die Bundestags-Abgeordneten machten auch die Vorteile eines Untersuchungsausschusses gegenüber einem bloßen Unterausschuss deutlich: So sei eine Zeugen-Vernehmung etwas ganz anderes als ein bloßes Gespräch mit Zeugen, betonte Uli Grötsch. „Ein Untersuchungsausschuss ist das schärfste Schwert, das wir als Parlamentarier, egal auf welcher Ebene, haben.“

Für einen Untersuchungsausschuss in M-V spricht laut Armin Schuster auch die ungeklärte Frage, wie groß der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns am totalen Systemausfall der inneren Sicherheit in Deutschland im NSU-Fall gewesen sei.

Den unbefriedigenden Kenntnisstand für das Land Mecklenburg-Vorpommern bestätigte auch der Sachverständigen-Gutachter Dr. Gideon Botsch. Im Zusammenhang mit dem Mord an Mehmet Turgut in Rostock seien zwei Aspekte bemerkenswert: Zum einen handele es sich um „das einzige der schweren rassistischen Gewaltverbrechen, das sich der

NSU selbst zugeschrieben hat, welches in Ostdeutschland begangen wurde“. Zum anderen sei dieser Mord „nicht einfach als eine Fortsetzung der Taterie, sondern als ihre Wiederaufnahme zu betrachten“. Hierfür spreche die lange Unterbrechung der Serie und die Anfertigung des ersten Bekennervideos 2001. Bereits vor dem Untertauchen des NSU habe es Kontakte nach Rostock sowie politische Aktivitäten des rechtsextremen Rostocker Milieus mit Uwe Mundlos sowie die „Blood & Honour“-Gruppe aus Rostock gegeben.

Die Rolle der Freien Berufe

Expertengespräch im Wirtschaftsausschuss

■ In Mecklenburg-Vorpommern sind etwa 9.000 Freiberufler tätig, die einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Landes in Höhe von ca. 4,2 Milliarden Euro erwirtschaften. Vertreter des Landesverbandes der Freien Berufe Mecklenburg-Vorpommern e. V. waren am 7. Dezember 2017 im Wirtschaftsausschuss zu Gast, um über die Rolle und Situation der Freien Berufe zu informieren.

Nach dem Partnerschaftsgesellschaftsgesetz haben die Freien Berufe im Allgemeinen auf der Grundlage besonderer

beruflicher Qualifikation oder schöpferischer Begabung die persönliche, eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Erbringung der Dienstleistungen höherer Art im Interesse der Auftraggeber und der Allgemeinheit zum Inhalt. Die Berufsfelder sind sehr vielfältig – sie reichen von (Zahn) Ärzten, Apothekern und Therapeuten über Ingenieure und Architekten bis hin zu Rechtsanwälten, Notaren, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Vermessern.

Der Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LFB), RA Jörg Hähnlein, informierte den Ausschuss über die allgemeine Situation der Freiberufler im Land und über die aktuellen Herausforderungen. Dazu zählen insbesondere die Digitalisierung, die Europäische

Datenschutz-Grundverordnung, die bis zum 25. Mai 2018 umzusetzen ist, das Thema „Geldwäsche“ und der Fachkräftebedarf. Nach einer Studie des Richterbundes würden in den nächsten 15 Jahren ca. 50 bis 70 Prozent der Berufsträger altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden, sagte RA Stefan Grasshoff, 1. Vizepräsident des LFB. Von den im Land zur Verfügung stehenden 86 Referendarstellen im juristischen Vorbereitungsdienst seien derzeit nur 35 Stellen besetzt. Einen Grund für den fehlenden Juristen-Nachwuchs sieht Grasshoff in der Schließung der Juristischen Fakultät der Universität Rostock. Es seien noch große Anstrengungen im universitären Bereich erforderlich, um den notwendigen Nachwuchs für die Aufrechterhaltung der Funktionalität des rechtsstaatlichen Systems generieren zu können.

Wechsel im Finanzausschuss



Dr. Gunter Jess (AfD) ist neuer Vorsitzender des Finanzausschusses. Er war auf Vorschlag der AfD-Fraktion auf der Ausschusssitzung am 11. Januar 2018 eingesetzt worden. Der bisherige Vorsitzende des Ausschusses Bernhard Wildt gehört der AfD nicht mehr an. Er ist seit Ende September 2017 Vorsitzender der neuen BMV-Fraktion.



Foto: Landtag M-V

Migration und Integration

Neue Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarier gebildet

■ Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat eine neue Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ gebildet. Bei der

Die Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), links Vizepräsidentin Beate Schlupp.

Konstituierung am 5. Dezember 2017 im Hamburger Rathaus wurde der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern durch Vizepräsidentin Beate Schlupp vertreten.

Als ersten Schritt will sich die AG einen Überblick über die verschiedenen Ansätze der Migrationspolitik und bestehende Integrationsprojekte der Ostseeanrainer verschaffen.

„Der Austausch zwischen den Regionen und Staaten bietet die Chance, gemeinsame grenzüberschreitende Handlungsansätze zu entwickeln, von erfolgreichen Modellprojekten anderer Staaten zu lernen und die Zusammenarbeit bei der Integration von Migrantinnen und Migranten zu verbessern“, so Beate Schlupp im Nachgang der Arbeitsgruppensitzung.

Landtag bleibt Baustelle

Umbau des alten Plenarsaals aufwändiger als erwartet

■ Seit Ende September tagt der Landtag in seinem neuen, modernen Plenarsaal. Schon während des Umbaus des früheren Festsaals stellten Besucherinnen und Besucher immer wieder die Frage: Und was geschieht mit dem alten Plenarsaal? Der wird zu Beratungsräumen umgebaut, lautet die Antwort. Künftig soll es dann im Schloss drei zusätzliche, unterschiedlich große Räume geben, die den Ausschüssen für ihre Beratungen und Anhörungen dienen, aber auch der Landespressekonferenz sowie externen Nutzern zur Verfügung stehen sollen.

Der Startschuss für den Rückbau fiel Anfang Juli, gleich nach der letzten Landtagssitzung vor der parlamentarischen Sommerpause. Nach der Demontage der Unterdecke und dem Freilegen von Wänden und Pfeilern war klar: Die Baumaßnahme wird aufwändiger und langwieriger als gedacht.

Der Tragwerksplaner stellte im bisherigen Plenarsaal gravierende Statikprobleme fest: Die Stahlsteindecke sei völlig überlastet, die Stahlträger in der Decke müssten schnellstmöglich durch ein Schwerlastgerüst abgefangen werden, und in den Fensteröffnungen seien Aussteifungen zur Entlastung des Mauerwerks erforderlich.

„Diese Sofortmaßnahmen haben wir gleich im Herbst umgesetzt“, erklärt Landtagsdirektor Armin Tebben. Die anschließenden Untersuchungen hätten bestätigt, dass die Mauerwerkswände und Pfeiler im statischen Gefüge stark gestört sind.

Im November sei die Parlamentarische Baukommission über den Sachstand informiert worden. Dabei wurden zwei Möglichkeiten zur Behebung der statischen Probleme präsentiert.



Im Juli 2017 begann die Entkernung des alten Plenarsaals. Inzwischen stützt ein Schwerlastgerüst die alte Stahlsteindecke.

Foto: Cornelius Kettler

Variante 1: Einbau einer zusätzlichen Stahlkonstruktion unterhalb der Bestandsdecke.

Variante 2: Kompletter Austausch der Decke.

„Nach reiflicher Abwägung aller Vor- und Nachteile beider Möglichkeiten hat die Baukommission grünes Licht für den Komplettaustausch der Decke gegeben“, erklärt Tebben. „Im Endeffekt ist dies die nachhaltigere, wirtschaftlichere Lösung.“ Die Decke werde einmalig statisch und brandschutztechnisch erneuert, sodass eine spätere Deckensanierung von oben – wie bei Variante 1 erforderlich – nicht notwendig wäre. „Außerdem bringen wir durch den Abbruch der Stahlsteindecke und den Einbau einer neuen Stahlkonstruktion keine größeren zusätzlichen Lasten in das Gebäude und beugen so erhöhten Setzungsraten vor“, nennt Tebben einen weiteren Vorteil. Schließlich ergebe sich durch die Reduzierung der Deckenstärke gegenüber anderen Varianten die Möglichkeit, die Lüftungskanäle im Deckenbereich anzuordnen und somit die Raumhöhe optimal zu nutzen.



Foto: Landtag M-V

Armin Tebben, Direktor des Landtages

„Aber auch dieses Vorgehen bringt Nutzungseinschränkungen mit sich“, stellt Tebben klar. „Während der Bauphase können die über dem Saal liegenden Fraktionsräume von SPD und Linken nicht genutzt werden.“ Auch die dort geplanten neuen Sanitäreinrichtungen könnten erst nach Abschluss der Deckenarbeiten in Angriff genommen werden.



Der traditionelle Sternsinger-Empfang des Landtages fand erstmals im neuen Plenarsaal statt.

Fotos: Angelika Lindenbeck



Die Kronen sitzen – es kann losgehen!

Sternstunde im Parlament

Sterne, Kronen und Gesang:
Landtag empfing Sternsinger
aus ganz M-V

■ „Wir kommen daher aus dem Morgenland. Wir kommen, geführt von Gottes Hand. Wir wünschen euch ein fröhliches Jahr – Caspar, Melchior und Balthasar!“ Unzählige Male haben die Sternsinger das Lied schon gesungen. Als sie in den ersten Januartagen mit Stern, Krone und bunten Gewändern landauf, landab von Tür zu Tür gezogen sind, Menschen zu Hause, in Altenheimen oder Krankenhäusern besuchten. Und doch ist es an diesem 9. Januar noch einmal etwas ganz Besonderes: Jetzt singen sie es im Landtag, zum ersten Mal im neuen Plenarsaal.

Caspar, Melchior und Balthasar – diese drei Namen sind wohl fast jedem aus der Weihnachtsgeschichte bekannt. Der Überlieferung nach folgten die drei Weisen aus dem Morgenland dem Stern von Bethlehem zum Stall, in dem Jesus Christus geboren wurde. Sie huldigten dem Kind mit Weihrauch, Gold und Myrrhe und trugen die frohe Botschaft seiner Geburt in die Welt hinaus. Diesem Vorbild folgend, ziehen auch in Mecklenburg-Vorpommern Anfang Januar Kinder, als Heilige Drei Könige verkleidet, von Tür zu Tür, um Häuser und Wohnungen zu segnen und um Spenden zu bitten. Sie besuchen Privatleute, soziale Einrichtungen, politische Institutionen – und werden jedes Jahr auch im Landtag empfangen.

Auf ihrem Weg zu den Menschen haben die Mädchen und Jungen ein schweres Thema im Gepäck: Kinderarbeit. Indien etwa, das Beispielland der diesjährigen Aktion, ist das Land mit den meisten arbeitenden Kindern weltweit. Für Not leidende Kinder wie sie wollen die Sternsinger Segen bringen und Segen sein. Auch im Schweriner Landtag. „Indem ihr über das Schicksal von Altersgefährten in Indien und in anderen Ländern sprecht und Spenden für sie sammelt, zeigt ihr Mitgefühl und Hilfsbereitschaft“, lobt Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, die mehr als 70 Sternsingerinnen und Sternsinger im Schloss stellvertretend für alle, die bei

der Aktion mitgemacht haben. Sie sei sehr froh über dieses Engagement, so Schlupp. Anstatt zu denken, „ich kann das leider auch nicht ändern und Kinder können da erst recht nicht helfen“, bewiesen die Mädchen und Jungen, dass jeder einzelne etwas bewirken könne.

„Eure goldenen Kronen drücken aus, ihr habt eine Botschaft, die ihr in die Welt tragen wollt. Das leuchtet, das bringt Licht, das bringt Freude und Segen“, fügt Stefan Krinke, Propst der katholischen St. Anna-Gemeinde in Schwerin, hinzu. Und auch Dr. Andreas von Maltzahn, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, würdigt den Einsatz der Kinder: „All das hat etwas mit einem weiten Herz für andere Menschen zu tun!“ Er wünscht den Kindern, dass sie dieses Herz nicht verlieren, „auch wenn ihr erwachsen seid und nicht mehr so ohne weiteres Kronen tragen könnt“.

Der Sternsinger-Empfang ist in jedem Jahr die erste große Veranstaltung im Landtag. Die Tradition, begründet vom ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl, wurde von allen folgenden Parlamentspräsidenten fortgeführt. Alljährlich lädt nun Sylvia Bretschneider Sternsinger aus dem ganzen Land ein. Diesmal sind 18 Gemeinden dabei – von Torgelow ganz im Osten bis Schönberg im Westen des Landes.

Fotos: Angelika Lindenbeck



Beate Schlupp erklärt „ihrem Schriftführer“ die Uhr für die Kontrolle der Redezeiten.



Marta Olejko aus Schwerin sang mit den Kindern neben den klassischen Sternsinger-Liedern auch Lieder aus aller Welt.



Beim Parlamentsspiel durften fünf Kinder wie richtige Abgeordnete die Position ihrer Fraktion am Rednerpult vortragen – hier spricht Charlyze Erdmann für ihre „Partei für Ideen und Gerechtigkeit PIG“.

Nach der Begrüßung durch Beate Schlupp und die Kirchenvertreter dürfen die Sternsinger selbst ans Saalmikro treten und den anwesenden Abgeordneten und der Landtags-Vizechefin Löcher in den Bauch fragen. Waren Sie gut in der Schule? Lebten im Schloss auch Könige? Warum hat es gebrannt? Streiten sich die Politiker oft? Wieso hat der neue Plenarsaal so viele weiße Latten an der Wand? Und worüber werden die Politiker in der nächsten Landtagssitzung reden? Großes Staunen, als sie hören, dass Beate Schlupp immer einen Einser-Durchschnitt hatte, dass zum Löschen des Schlossbrandes 1913 sogar Feuerwehren aus Rostock und Hamburg anrückten, im Schloss nie Könige, sondern Herzöge lebten, die Themen der nächsten Sitzung erst noch bestimmt werden und die weißen Lamellen an der Wand nicht nur eine Frage der Optik sind, sondern auch für gute Luft und Akustik sorgen.

Nach der Fragerunde müssen Argumente her: Soll in Mecklenburg-Vorpommern einheitliche Schulkleidung eingeführt werden? Bei einem Parlamentsspiel schlüpfen die Kinder in die Rolle von Abgeordneten und spielen mit ausgedachten Fraktionen und kurzen Reden eine Landtagsdebatte nach. Geleitet wird die von Beate Schlupp höchstpersönlich – nach den Regeln der Geschäftsordnung. Die amtierende Präsidentin hat sich aus den Reihen der Sternsinger sogar zwei Schriftführer an ihre Seite geholt, und auch das Wasserglas für jeden Redner bringt ein Schüler. Die Mädchen und Jungen erleben, dass der Landtag der Ort ist, wo alle Argumente für und gegen einen Antrag öffentlich diskutiert werden. So kann sich jeder eine Meinung bilden, ob er für oder gegen den Antrag ist – auch die Kinder-Abgeordneten zum Thema Schulkleidung. „Wer stimmt dafür? Wer dagegen? Gibt es Stimmenthaltungen?“, fragt Vizepräsidentin Schlupp

am Ende der Debatte und schaut in die Runde. Die meisten Hände gehen bei der Gegenprobe in die Höhe. „Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.“ Bevor es nun zum Mittagessen ins Schlosscafé geht, sorgen Vivien Schlaeth und Josephine Dettmann vom Schweriner Tanzstudio Schlebusch mit einer tollen Hip Hop-Performance für einen stimmungsvollen Schlusspunkt.

Gewusst?



Bei ihren Besuchen schreiben die Sternsinger mit Kreide „20+C+M+B+18“ an die Türen. Die Buchstaben stehen dabei aber nicht für Caspar, Melchior und Balthasar, sondern für den Segen „Christus mansionem benedicat“ (Christus segne dieses Haus). Seit seinem Start im Jahr 1959 hat sich das Dreikönigssingen zur weltweit größten Solidaritätsaktion entwickelt, in der sich Kinder für Kinder engagieren. Träger sind das Kindermissionswerk ‚Die Sternsinger‘ und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Vielerorts, auch in Mecklenburg-Vorpommern, machen inzwischen auch evangelische Gemeinden mit. Im vergangenen Jahr haben die Sternsinger in Mecklenburg-Vorpommern fast 132.000 Euro gesammelt. 2015 wurde das „Sternsingen“ ins bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen.





◀ Endlich! Der seit rund einem halben Jahr eingerüstete Hauptturm des Schlosses kann nun Schritt für Schritt von seinem „Winterkleid“ befreit werden. Die Arbeiten der vergangenen Monate dienten der laufenden Bauunterhaltung. Dabei ging es vor allem um Reparaturen am Dach und an den innen liegenden Dachrinnen. Die Bleche hatten Risse bekommen, sodass es zu Wassereintrüben ins Mauerwerk gekommen war. Zwar hatten Bergsteiger die schlimmsten Stellen provisorisch abgedichtet, eine fachgerechte Reparatur konnten die Dachklempner aber nur über ein Gerüst vornehmen. Bei dieser Gelegenheit wurden natürlich auch gleich die Fenster repariert und gestrichen sowie Risse in der Fassade neu verputzt.

Ein völlig gerüstfreies Schloss wird es wohl auch in Zukunft kaum geben: Bei der Größe des Gebäudes ist immer etwas zu reparieren, um die Bausubstanz in gutem Zustand zu erhalten.

Doch noch Winter!

Heftiger Schneefall sorgte am 18. Januar dafür, dass es auch aktuelle Winterbilder vom Schweriner Schloss gibt. Wenn Sie dieses Heft in der Hand halten, ist wahrscheinlich schon alles wieder vorbei. Oder auch nicht!

